Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 6 M. Durch die Post monatl. 6 M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 60 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 250 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krod

Einzelpreis 30 Pf. | **Halle, Donnerstag, den 22. September.** | **1. Jahrgang • Nr. 222**

Ungeheure Explosionskatastrophe!

Das Stickstoffwerk Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik in die Luft geflogen. — Ueber 1500 Menschen zu Tode gekommen!

Ein neues Schlachtfeld der Arbeit hat sich aufgetan. Ein gewaltiges, riesengroßes, dessen Umfang selbst in der bürgerlichen Welt Entsetzen hervorruft, die im allgemeinen Menschenopfer als eine selbstverständliche Beigabe des Proletariats zur kapitalistischen Produktion betrachtet. Das Werk Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik — dieser Firma gehört bekanntlich auch das Leunawerk — ist am Mittwoch infolge Explosion eines mit 4000 Tonnen Salpeter gefüllten Silos in die Luft geflogen. Die Folgen dieser Katastrophe sind entsetzlich. **Mehr als eineinhalbtausend Menschen sind zu Tode gekommen**, viele hundert andere liegen mit schweren Verletzungen im Todeskampf. Das 4000 Einwohner zählende Dorf Oppau, zwischen Ludwigshafen und Frankenthal am Rhein gelegen, ist völlig dem Erdboden gleichgemacht. In den Städten Frankenthal und Ludwigshafen sind die Fensterscheiben in den Häusern durch den ungeheuren Luftdruck fast restlos zertrümmert, Hunderte von Dächern abgedeckt oder durch umhergeschleuderte Steinblöcke zerschlagen worden. Sogar in der 15 Kilometer entfernten Stadt Mannheim hat es Tote und Verletzte gegeben, da infolge der gewaltigen Erderschütterung vielfach Fabrikschornsteine eingestürzt sind. Von dem Stickstoffwerk ist nichts mehr zu sehen, als ein wüstes Trümmerfeld, auf dem zwischen Quadern, Maschinenteilen und zertrümmertem Eisenbahngerät die Leichen der Erschlagenen umherliegen. Rings um das abgesperrte Werk ziehen jammernd und klagend Tausende von Angehörigen der im Werk beschäftigten Arbeiter, von denen kaum ein Einziger am Leben geblieben ist. Es muß furchtbar sein, grauenhaft, dies neue Schlachtfeld des Moloch Kapitalismus!

Die Katastrophe soll, nach einer Erklärung der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik, durch **Selbstentzündung des eingelagerten Ammoniaksulphatsalpeters** verursacht worden sein. Dieser Umstand, die Möglichkeit, daß Gleichgültigkeit oder Fahrlässigkeit der Urheber dieses neuesten kapitalistischen Arbeitermordes ist, vor allem aber die Tatsache, daß im Leunawerk unseres Wissens das gleiche so überaus gefährliche Produkt hergestellt wird, läßt die Frage berechtigt erscheinen, ob **hier alle notwendigen Vorsichts- und Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden**, wenn größere Mengen explosiver Chemikalien lagern. Die 20 000 Arbeiter, die im und am Leunawerk schaffen, und die in steter Lebensgefahr schweben, haben ein Interesse daran, es zu erfahren, ebenso die benachbarten Ortschaften, vor allem die Städte **Merseburg und Halle**.

Und noch ein Gedanke drängt sich in dieser Stunde uns auf, da die Furchtbarkeit der explosiven Wirkung von Ammoniaksalpeter durch die Katastrophe von Oppau offenbar wurde: **die verbrecherische Gewissenlosigkeit**, deren sich diejenigen schuldig gemacht haben, die im März bei der Einnahme des Leunawerkes die Fabrikanlagen mit Artilleriefeuer belegten. Die Katastrophe, die Oppau jetzt gehabt hat, hätte Leuna in erheblich größerem Ausmaße damals schon haben können, wenn es das Unglück gewollt hätte. Wenn den Militaristen das Bedenkliche und Gefährliche der Beschießung nicht eingegangen wäre, so hätte man das verstehen können. Diese Leute, die nur aufs Zerstören eingestellt sind, haben im Kriege genugsam bewiesen, wie rücksichtslos und ohne Würdigung der Folgen sie zu Werke gehen können. Aber von der Werksleitung, die die Gefährlichkeit der lagernden Produkte kannte, und von den Zivilbehörden in Merseburg, deren Aufgabe es ist, Gefahren von der Bevölkerung abzuwenden, hätte man erwarten dürfen, daß sie das rücksichtslose und vollkommen überflüssige Unternehmen der Artilleriebeschießung verhindert hätten. Man weiß, weshalb sie es nicht getan haben: Sie hatten sich den Militaristen auf Tod und Gedeih verschrieben mit all ihrem Besitz, mit all ihrer Verantwortung, **nur für das eine Ziel, die Niederschlagung der Kommunisten!**

•

Ueber die Furchtbarkeit der gewaltigen Katastrophe und ihrer Folgen unterrichten die folgenden Einzelmeldungen:

Mannheim, 21. September. In der Badischen Anilinfabrik in Oppau, wo die besonders explosionsgefährlichen Stickstoffverbindungen hergestellt werden, erfolgten heute vormittag kurz hintereinander zwei außerordentlich starke Explosionen, verbunden mit einer gewaltigen Erderschütterung, die weit in der Umgegend verspürt wurden. Der Sachschaden ist ungeheuer. Die Zahl der Toten und Verwundeten soll in die Hunderte gehen.

Ludwigshafen, 21. September. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik gibt bekannt: Ueber die Entstehungsursache der Explosion ist einwandfrei festgestellt, daß die Oppauer Explosion in einem Silo stattgefunden hat, wo etwa 4000 Tonnen Ammoniaksulphatsalpeter lagerten. Bevor zur Herstellung und Einlagerung des Produkts geschritten worden war, war es sowohl in der Anilinfabrik als auch anderwärts eingehend untersucht worden, wobei keinerlei Explosionsmöglichkeit festgestellt worden war, so daß mit einer Explosionsgefahr nicht gerechnet werden konnte. Die überlebenden Arbeiter des Werkes werden längere Zeit von der Firma mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt werden.

Ludwigshafen, 22. September. Ueber die Zahl der Toten im Oppauer Werk war bis zum Eintritt der Dunkelheit mit Sicherheit nichts zu ermessen, da man nicht genau weiß, wieviel Arbeiter sich zurzeit des Unglücks im Werk und in den anstoßenden Neubauten befanden. Es steht bisher fest, daß erheblich über tausend Menschen, zumeist Arbeiter, getötet worden sind. Es müssen aber unter den Trümmerfeldern der Fabrik noch mindestens einige Hundert Tote liegen. Von verschiedenen Seiten wird die Zahl der Toten auf 1500 bis 1800 angegeben. Es ist dies die größte Katastrophe, die die deutsche Industrie jemals betroffen hat. Der Wirkungskreis des Luftdruckes der Explosion ist so weitreichend, daß er fast beispiellos scheint.

Ludwigshafen, 21. September. (TU.) Die Zahl der Toten und Verwundeten beläuft sich nach den bisherigen Schätzungen auf etwa 1000. Drei Arbeiterzüge wurden unter den Trümmern begraben. Sämtliche Fensterscheiben in Mannheim und in dem 25 Kilometer entfernten Heidelberg wurden zertrümmert. Transmissionen von 100 Zentnern wurden von Ludwigshafen bis nach Mannheim weggeschleudert. In den Orten der Umgebung wurden zahlreiche Dächer abgedeckt. In Ludwigshafen liegen die Glasscheiben fußhoch auf der Straße. In Mannheim haben die großen Fabrikanlagen unter der Explosion gelitten. Auch hier soll es Tote und Verwundete geben. In Oppau sind viele Wohnungen zertrümmert.

•

Die Unglücksstätte ist in undurchdringlichen Rauch gehüllt, so daß die Bergung der Hunderte von umherliegenden Toten und Verletzten sehr erschwert ist. In Mannheim stürzten infolge der Erschütterung zwei neuerbaute Hallen ein, wobei es Tote und Verletzte gab. Auch sonst gab es großen Gebäudeschaden, wie solchen auch die Städte Mainz, Heidelberg, Schwetzingen, Gronstadt, Frankenthal melden. Alle verfügbaren Transportmittel wurden an die Unglücksstätte geschickt. Von Frankfurt machten sich sofort 14 Aerzte mit den nötigen Hilfsmitteln auf. Weitere folgen. Sogar in Darmstadt zersprangen viele Fensterscheiben. Wie verlautet, entstand das Unglück durch Explosion eines Gaskompressors unter Bildung einer ungeheuren Stichflamme. Blutüberströmt stürzten die zu Tausenden bei der Arbeit befindlichen Leute aus den Fabrikgebäuden. Viele flohen nackt aus dem Fabrikbade. Um das wüste Trümmerfeld der Fabrik sieht man zerstörte oder abgedeckte Arbeiterhäuser. Von der Nachtschicht sollen noch 800 Mann gearbeitet haben, die man jetzt unter die Opfer zählt. — In Mannheim und Ludwigshafen wurden die Schulen geschlossen und die Theateraufführungen abgesagt.

•

Frankfurt a. M., 21. September. Auch hier hat das Oppauer Explosionsunglück erheblichen Sachschaden angerichtet. Vielfach flogen große Eckerscheiben durch den starken Luftdruck heraus. — Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" aus Ludwigshafen war die Erschütterung so groß, daß in Oppau und im Umkreise von zwei bis drei Stunden keine Fensterscheibe mehr ganz ist. Das Dorf Oppau ist fast völlig zerstört. Die Verwüstung ist grauenhaft. Hunderte von Toten und Verwundeten liegen umher. Tausende von Menschen flüchten nach der Stadt. Die Zuckerfabrik Frankenthal hat erheblich gelitten. Nach einer Mitteilung der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik an die Höchster Farbwerke hat die Explosion einen Teil des Oppauer Werkes zerstört. Die Ludwigshafener Anlagen blieben unversehrt. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt. Die Zahl der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden. Von der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabriken erhielt die „Frankfurter Zeitung" die Mitteilung, daß weitere Explosionen in der Oppauer Fabrik ausgeschlossen seien.

•

Letzte Meldung.

Mannheim, 22. September. Wie die Ludwigshafener Polizeidirektion mitteilt, wurden bis zum späten Nachmittag 200 Leichen geborgen. Ueber die Anzahl der Verwundeten konnten nähere Angaben bisher nicht gemacht werden, da sich der weitaus größte Teil der Arbeiter, der glücklicherweise mit leichteren Verletzungen davongekommen ist, sofort nach dem Unglück nach Hause begab, während die Schwerverwundeten durch zahlreiche Fuhrwerke nach allen Richtungen in die umliegenden Ortschaften und Krankenhäuser geschafft wurden. — Die „Neue Badische Landeszeitung" bezeichnet die umlaufenden Gerüchte, die von 2000 Toten sprechen, als weit übertrieben. Bisher war es der Direktion der Badischen Anilin- und Soda-Fabriken nicht möglich, authentische Angaben zu machen. Das Blatt regt zu Sammlungen für die Oppauer Kinder hinsichtlich der Bekleidung an. — Die auf dem Lande in unmittelbarer Nähe der Unglücksstätte arbeitenden Feldarbeiter sind schrecklich zugerichtet. Man vermutet unter den Trümmern des Werkes noch etwa 100 Tote. Auch unter den Trümmern der Oppauer Häuser sind noch Tote und Verwundete anzunehmen. Groß ist die Zahl der verwundeten Kinder von Oppau. In den Nachmittagsstunden wurde die Absperrung verstärkt; im Laufe des heutigen Tages wird sie teilweise von französischen Truppen übernommen werden. Wer von den Arbeitern an die Unglücksstelle will, muß sich morgens um 8 Uhr melden.

Mannheim, 22. September. Nach einer Meldung handelt es sich um die Explosion des Gastekessels im Bau 48 des Oppauer Werkes, nach einer anderen Version um die von Spritzkesseln der Oppauer Spritwerke. Bei den Firmen Benz und Boehring in Oppauer Spritwerke wurde schwerer Gebäudeschaden verursacht. Die Maschinenfabrik von Lange und Reibig, diesseits des Mannheimer Industriehafengebietes, ist teils schwer beschädigt, teils zertrümmert.

Zum Streik in Nordfrankreich.

Aus Paris wird uns gemeldet: Im nordfranzösischen Industriegebiet geht der Generalstreik mit unverminderter Entschlossenheit weiter, da die Unternehmer jedes Entgegenkommen brutal ablehnen. Täglich bewegen sich gewaltige Züge der streikenden Arbeiter durch Roubaix und Tourcoing. Die Arbeiter sind entschlossen, den Streik bis zum Ende siegreich durchzuführen. Die Kommunisten stehen — wie es sich gehört — auch bei dieser Bewegung an erster Stelle. Die Polizei verhaftete den Genossen Le Penn, den Sekretär des Bauarbeiterverbandes von Tourcoing. Unser Genosse mußte aber angesichts der drohenden Haltung der Massen wieder freigelassen werden.

•

Der Streik in Nordfrankreich erfaßt immer größere Industriegruppen, da die Unternehmer ihre Lohnabbauoffensive gegen die **Gesamtarbeiterschaft** richteten. Es handelt sich also für die Arbeiter darum, eine Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zu verhindern. Die Unternehmer begannen die Löhne zu drücken, als die Magazine gefüllt waren und eine Preissenkung eintrat. Der Zeitpunkt war für die Unternehmer deshalb günstig, da eine „Geschäftsstille" eingetreten war und durch Betriebsstillegungen ein starkes Arbeitslosenheer vorhanden war. Das nutzten sie aus und gingen dazu über, die Löhne der gesamten Arbeiterschaft zu reeuzieren, angeblich um durch Lohnsenkung die wirtschaftliche Krise zu bannen. Die Arbeiter jedoch erklärten, daß, wenn durch Herabdrückung der Lebenshaltung die „Geschäfte flott" gemacht werden sollen, die **Unternehmer damit den Anfang zu machen** haben.

Ein **bürgerliches Blatt**, die „Frankf. Zeitung", bringt einen erstaunlich objektiv gehaltenen Artikel über den Streik, aus dem wir folgendes auszugsweise wiedergeben:

„Die Parole zum Generalstreik in den Bezirken von Lille, Roubaix und Tourcoing, den Zentren der nordfranzösischen Textilindustrie, ist von der gesamten Arbeiterschaft mit einer von Frankreich ungewöhnlichen Solidarität und Disziplin befolgt worden. Die Arbeit ruht nicht nur in den Fabriken. Auch das Personal der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der Straßenbahn und selbst der Cafés und Restaurants hat sich der Bewegung angeschlossen. In den Betrieben des Lebensmittelgewerbes wird die Arbeit nur in dem Umfang aufrecht erhalten, der zur Versorgung der Bevölkerung notwendig ist. Der seit nunmehr fünf Wochen dauernde Streik der Textilarbeiter, die als Protest gegen eine von den Unternehmern für den 16. August angekündigte Herabsetzung der Löhne die Arbeit niedergelegt hatten, ist nur der äußere Anlaß zur Verhängung des Generalstreiks gewesen. In Wirklichkeit kommt ihm eine über die lokalen Grenzen des Ausstandsgebietes hinausgehende Bedeutung zu. Frankreich, fast das einzige Land in Europa, das nach dem Krieg von ernsten sozialen Krisen verschont geblieben ist, scheint sich dieses Friedens nicht dauernd freuen zu sollen. Denn, wenn nicht alle Anzeigen trügen, bildet der Generalstreik im Norden weiter nichts als den Auftakt zu jener unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum, die in der augenblicklichen Wirtschaftslage Frankreichs ihre tiefere Ursache hat. Die schwere wirtschaftliche Depression, die seit einem Jahr auf der ganzen Welt lastet, hat auch in Frankreich eine verhängnisvolle Absatzkrise und als deren Wirkung eine schwere Stagnation von Handel und Industrie zur Folge gehabt. . . .

. . . Die Tarifverträge der französischen Industrie sind zu einem großen Teil auf dem Prinzip der gleitenden Lohnskala aufgebaut. Als Grundlage dient eine für die Kosten der Lebenshaltung errechnete Indexziffer. In dem Maße, wie diese seit dem letzten Quartal des vergangenen Jahres zurückgegangen ist, haben in allen Industrien Lohnreduktionen stattgefunden. Sie waren zum Teil von **rechtempfindlicher Höhe**. In der Eisenindustrie z. B. betrug sie im Durchschnitt 15 Prozent, in anderen Industrien noch mehr. Trotzdem vollzog sich ihre Durchführung fast ohne Reibung. Die dadurch erzielte Herabsetzung der Produktionskosten hat jedoch die auf sie gesetzte Erwartung nicht zu erfüllen vermocht. Sie war, wie vorauszusehen war, allein nicht ausreichend, um dem wirtschaftlichen Leben einen neuen Impuls zu geben. Dazu hätte es, wie wir in einem Artikel im Handelsteil noch ausführen werden, eine Reihe anderer Maßnahmen bedurft, von denen aber die französische Industrie in ihrem **kurzsichtigen Unternehmeregoismus nichts wissen wollte**. Sie glaubte vielmehr, durch einen **weiteren Abbau der Löhne** die Absatzstockung im Inneren und die von den Fehlern der französischen Wirtschaftspolitik verursachte Krise des Außenhandels meistern zu können, obwohl die **Kosten der Lebenshaltung** seit Ende Januar nicht nur nicht mehr zurückgegangen sind, sondern im Gegenteil wieder **anzuziehen** begonnen haben.

Die Wirtschaftslage des französischen Arbeiters ist, gemessen an der seines deutschen Kollegen, nicht schlecht. Der Durchschnittsverdienst eines ungelernten Arbeiters schwankt in der Provinz zwischen 13 und 17, in Paris zwischen 16 und 20 Francs. Gelernte Arbeiter stellen sich in der Provinz auf 16 bis 20, in Paris im Durchschnitt auf 20 bis 25 Francs pro Tag und Klasse. Für Qualitätsarbeiter sind die Löhne sogar noch höher. Es gibt allerdings auch eine ganze Reihe von Industrien, bei denen die Löhne weit unter diesen Durchschnittssätzen stehen. **Dem französischen Arbeiter ermöglichen die Lohnsätze eine Lebenshaltung, mit der selbst diejenige der bete-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210922-15/fragment/page=0001

bezahlten Arbeiter in Deutschland nicht verglichen werden kann. Der französische Arbeiter liebt eine gute Küche. Ein Weinkonsum von zwei und mehr Litern pro Tag ist in den französischen Arbeiterfamilien nichts Anormales. Ein deutscher Arbeiter würde sich unter den gleichen Existenzbedingungen wirklich wie ein Herrgott in Frankreich vorkommen. Wenn die französischen Arbeiter sich trotzdem mit aller Entschiedenheit gegen eine Herabsetzung der Löhne zur Wehr setzen, so geschieht dies mit dem Argument, daß, wenn schon die gesamte Wirtschaftslage zu einer Herabdrückung des standard of life zwinge, die Unternehmer damit den Anfang machen sollten. . . .

. . . Daß es sich hier nur um ein Vorpostengefecht handelt, zeigt die Tatsache, daß inzwischen auch die Besitzer der nordfranzösischen Kohlengruben die Tarifverträge gekündigt und ihre Arbeiter zu Verhandlungen über die Neufestsetzung der Löhne eingeladen haben. Die Organe der Unternehmerorganisationen lassen denn auch keinen Zweifel, daß man nur die Resultate der eingeleiteten Kämpfe abwarten will, um dann in ganz Frankreich systematisch den Abbau der Teuerung durch Herabsetzung der Löhne in die Wege zu leiten. Diese Gefahr ist von den Gewerkschaften rechtzeitig erkannt worden. . . .

. . . Der Arbeitsminister bemüht sich, die Vertreter der Arbeitnehmer und Unternehmer an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Arbeiter haben bereits ihre Bereitwilligkeit dazu kundgegeben, von den Unternehmern steht die Antwort jedoch noch aus. In den Kreisen der Gewerkschaften besteht für den Fall, daß es im Laufe dieser Woche nicht zu einer Einigung kommen sollte, die Neigung, dem Generalstreik weitere Ausdehnung zu geben."

*

Das bürgerliche Blatt schält mit der Bemerkung: „Der Generalstreik bilde den Auftakt zu jener unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum, die in der augenblicklichen Wirtschaftslage Frankreichs ihre tiefere Ursache hat", den Kern der Sache heraus. Natürlich ist die objektive Darstellung des Kampfes durch ein bürgerliches Blatt auf die Tatsache zurückzuführen, daß Nordfrankreich nicht in Deutschland liegt. Würden die deutschen Arbeiter, die sehr viel mehr Ursache hätten, sich mit dem Aufgebot aller Kräfte gegen Verelendung zur Wehr zu setzen, so geschlossen in den Streik treten, dann würde die „Frankfurter Zeitung", wie alle bürgerlichen Blätter, nicht die „tieferen Ursachen" der Lohnkämpfe in den Vordergrund stellen, sondern sie würde immer — wie bisher — „kommunistische Agitatoren" als die Ursache, und „Bolschewistenherrschaft" als Zweck des Streikens hinstellen.

Die Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen, daß alles Gerede der kapitalistischen Presse über „wirtschaftliche Notlage, auf die die Arbeiter Rücksicht nehmen müssen", nur den Zweck hat, die „unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum" mit dem völligen Siege des Unternehmertums enden zu lassen. Das wird natürlich nicht gelingen. Doch der Kampf der Arbeiter wird erschwert und verlängert, erfordert größere Opfer dadurch, daß die Arbeiter oft völlig unter dem Einfluß der kapitalistischen Presse stehen. Von diesem Einfluß müssen sich die Arbeiter befreien. Und das können sie leicht, wenn sie die Ueberlegung machen, daß französische bürgerliche Blätter à la „Frankfurter Zeitung" zur Stunde einen unerbittlichen, haserfüllten Lügen- und Verleumdungsfeldzug gegen die streikenden französischen Arbeiter führen. Arbeiter denkt daran und handelt danach.

Graf v. Lerchenfeld — Kahrs Nachfolger.

Berlin, 22. September. Graf v. Lerchenfeld wurde mit 86 Stimmen der Bürgerlichen gegen 20 Stimmen der bayrischen Mittelpartei und Deutschen Volkspartei, die für den bisherigen Ministerpräsidenten v. Kahr gestimmt hatten, und 39 weißen Zetteln der Sozialisten zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Zusammensetzung des übrigen Ministeriums wird bis auf den Justizminister genau wie unter Kahr ausfallen.

Der Riß in der SPD.

In der „Sozialistischen Korrespondenz" schreibt der „Vorwärts"-Redakteur Kuttner zu dem Beschluß des Görlitzer Parteitages, der die SPD. an Stinnes verkauft:

„Mit diesem Beschluß betritt die Partei einen furchtbar gefährlichen Boden, vor dem die heutigen Befürworter des Beschlusses selber zum großen Teil noch vor wenigen Monaten gewarnt haben. Wer freilich die Arbeiterbewegung unter weiterem Gesichtswinkel sieht, der hat ein Recht zur Trauer. Die guten und gesunden Keime einer Wiedervereinigung werden durch diesen Beschluß zerstört. Die Angriffskraft der Sozialdemokratie geht verloren. Die Agitation wird allenthalben durch Rücksichtsnahme auf die Koalitionsgenossen gefesselt. Auf den Straßen prügeln sich die Anhänger der schwarzweißroten und der schwarzrotgoldenen Flagge, was gewiß nicht immer schön ist, aber ihre innere Stimmung darstellt. Im Parlament sollen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold zusammenarbeiten, während dies draußen geschieht. Der wirtschaftliche Schwerpunkt der jetzigen Situation liegt in der Steuerfrage und in der Erfassung der Geldwerte. Die sozialistischen und privatkapitalistischen Antipoden in dieser Frage sollen das Problem gemeinschaftlich lösen. Wie soll das praktisch ausgeführt werden? — Koalitionsfragen finden ihre natürliche Grenze in der Lutherschen Konstatierung: Wir stehen hier und ihr steht hier, ihr habt einen andern Geist als wir.

Die Parteigenossen, die in dem Görlitzer Beschluß eine schwere Gefahr für die Partei sehen, haben jetzt eine Pflicht und Aufgabe: dafür zu wirken, daß möglichst wenig von diesem Beschluß in die Praxis umgesetzt werde."

Die Parteibureaukratie wird aber mit diesen Kritikern, die sich besonders auch in Frankfurt, Chemnitz und einigen anderen großen Bezirken regen, kurzen Prozeß machen, falls nicht die sozialdemokratischen Arbeiter selbst in der Einheitsfront mit dem übrigen Proletariat ihren Willen in anders gearteten Taten umsetzen, als die der Görlitzer Parteitag voraussah. Die Proletarier werden die rote Sturmfahne nicht mit den ihnen in Görlitz verliehenen schwarzrotgoldenen Bändchen vertauschen.

Besonders in der Steuerpolitik der Sozialdemokratie sind die kapitalistischen Parteien voll bester Hoffnungen. Die „Vossische Zeitung" ist überzeugt, daß die regierungsfähige Sozialdemokratie wissen werde, was sich dem verbündeten Stinneskapital gegenüber geziemt und nimmt als bestimmt an, die Sozialdemokratie werde nicht eine Politik treiben, bei der die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut." Und auch die „Tägliche Rundschau", die ja nach ihrem neuen Programm die Brücke von der Deutschen Volkspartei zu den Deutschnationalen bildet, sieht die parlamentarischen Reibungsflächen abgeschliffen und eine Koalitionsregierung von kapitalistischer Eintracht und Stetigkeit voraus. Die Sozialdemokratie der Scheidemann und Wels mag sich bei ihren Freunden auf der rechten Seite äußerst geschmeichelt fühlen. Die Zeit der prinzipiellen Gegnerschaft und der großen Worte ist im „fruchtbaren" Winde der Ministerherrlichkeit verweht.

Die „taktische Wendung" der Sozialdemokratie macht täglich Fortschritte. Schon finden sich sogar rechtssozialistische Blätter, die nicht nur das Verbot kommunistischer Zeitungen für notwendig erklären, sondern auch der Klassenjustiz ein Ehrenzeugnis ausstellen. So schreibt die Mannheimer „Volksstimme", daß die deutschen Richter zu den wenigen gehören, deren persönliche Unerfaßbarkeit und Unbestechlichkeit niemand in Zweifel zu ziehen wage und die in den politischen Prozessen gegen Arbeiter aus bekanntlichen Bestreben heraus, die Strafen so streng bemessen, um den Staat gegen weitere Unruhen zu schützen." Das müsse auch vom sozialistischen Standpunkte aus ohne Vorwurf anerkannt werden. Herr Stinnes kann — wenn es so weiter geht — mit seinen gelehrigen Schülern und Freunden zufrieden sein. Zur Stinnesrepublik den Stinnes-Sozialismus!

Vorgefecht für den Angriff auf den Achtstundentag.

Am Elend des deutschen Volkes sind nicht etwa die nationalistischen Kriegshetzer und die profitmütigen Großkapitalisten, die das Land in verbrecherischem Frevelmut in den Weltkrieg hineingetrieben haben, schuld, sondern das Diktat von Versailles (also die Entente) und der Achtstundentag. In immer neuen Variationen versucht die bürgerliche kapitalistische Presse diese Beweisführung dem Volke anzuliegen. Die Unternehmerblätter führen schon seit langem einen systematischen Feldzug gegen den Achtstundentag, um ihre Leserschaft, zu denen ja leider auch noch Arbeiter gehören, allmählich reif zu machen für einen Angriff auf diese ihnen so verhaßte Errungenschaft (nebenbei gesagt die einzig wertvolle für die Arbeiter) der „neuen Zeit".

In bemerkenswerter Weise schreibt A. Heinrichsbauer in der „Deutschen Bergwerkszeitung" vom 14. 9. zu diesem Kapitel. Der Artikel handelt über das deutsche Eisenbahnelend, preist natürlich die glücklichen Vorkriegszustände und kommt auf Grund von Zahlenmaterial, welches z. T. auf Schätzungen beruht und z. T. obendrein noch falsch (absichtlich?) verwandt wird, zu dem Schluß, daß nur die Faulheit des Personals die Ursache allen Uebels ist. Unter anderem sei durch die Beamten- und Arbeitervertretungen ein Mehrbedarf von 2212 Köpfen eingetreten, das heißt mit dürren deutschen Worten, diese Arbeitnehmervertretungen müssen verschwinden und es muß wieder zum Ideal der Vorkriegszeit, wo es nur „Barieren oder Fliegen" gab, zurückgekehrt werden. Dann heißt es in dem Artikel weiter: „Immer wird noch an dem schematischen Achtstundentag festgehalten. Unbedingt ist aber dahin zu streben, den schematischen Achtstundentag zu ersetzen durch eine weitgehendere Berücksichtigung der Leistungen. Es muß für die Eisenbahnverwaltung aus innerpolitischen Gründen zwar unangenehm sein, sich mit diesem Problem einmal ernsthaft auseinanderzusetzen, auf die Dauer kommt sie jedoch um diese Lösung nicht herum. Denn auch sie muß sich darüber klar sein, daß die Erfüllung der auf uns ruhenden Verpflichtungen nur möglich ist durch Verbilligung der Produktion und Mehrbeschaffung der Sachwerte. Je eher es ihr gelingt, dem ihr unterstellten Personal klar zu machen, daß dem Steueropfer der Besitzenden, ein Arbeitsopfer der Arbeitnehmer zu entsprechen hat, desto besser ist es für sie und uns."

Daß es für „uns" (d. h. für die Kapitalisten) besser wäre, wenn die Arbeiter und Beamten bereit wären, den Achtstundentag aufzugeben und den Kapitalisten damit unbeschränkte Ausbeutungsmöglichkeiten gewährten, glauben wir dem biederen Artikelschreiber recht gern. Die Frechheit der großkapitalistischen Ausbeuter, welche die Arbeiter in ihrem Elend noch mit der Phrase vom Steueropfer der Besitzenden zu höhnen wagen und zu den ungeheuren Opfern der Arbeiterklasse noch neue Opfer zu fordern sich erdreisten, ist typisch für die Verbohrtheit und das Machtbewußtsein der Bourgeoisie.

Eine gemeine Denunziation des „Vorwärts".

In Berlin ist der stellvertretende russische Volkskommissar für Bildungswesen an der Spitze einer Kommission von mehreren Professoren angekommen, um die Tätigkeit des russischen Staatsverlages ins Ausland zu verlegen, da in Rußland nicht genügend Bücher gedruckt werden können. Ebenso hat die Kommission die Aufgabe, die Beziehungen zu den westeuropäischen wissenschaftlichen und pädagogischen Kreisen, nachdem diese durch den siebenjährigen Krieg und Blockade unterbrochen waren, wieder herzustellen. Die Tätigkeit dieser Kommission soll also den russischen Arbeitern und Bauern Materialien zur Durchbildung verschaffen, die neuesten wissenschaftlichen Resultate fruchtbar machen zum Aufbau Sowjet-Rußlands.

Der „Vorwärts", der wackere Verteidiger einer Koalition mit den Stinnesleuten, benutzte das Eintreffen dieser Kommission in Berlin zu einer gemeinen Hetze gegen Sowjet-Rußland. Nach Achtgroschenjungenmanier denunziert er die Tätigkeit dieser Kommission den deutschen Behörden. Er behauptet, daß die Einrichtungen, die diese Kommission ins Leben rufen will, „zweifellos in erster Linie der politischen Propaganda" dienen sollen. Und wenn auch der „Vorwärts" hinzusetzt: „Für Sowjet-Rußland und den Kommunismus", so wird dadurch diese Denunziation nicht im geringsten abgeschwächt. Im übrigen glaubt der „Vorwärts" es wohl besonders notwendig zu haben, gegen den „unmoralischen Widerspruch" protestieren zu müssen, der darin liege, daß die russische Regierung Geld auf diese Weise ausgebe und andererseits erkläre, nicht genug Geld zu haben, um Lebensmittel einzukaufen. Wenn der „Vorwärts" nur einen kleinen Teil des Wohlwollens gegen Sowjet-Rußland aufbrächte, das er gegen die Stinnesleute aufbringt, dann müßte er sich selbst sagen, daß der Aufbau Sowjet-Rußlands zum großen Teile von der Durchbildung der arbeitenden Massen abhängt und daß die Sowjetregierung die wissenschaftlichen Errungenschaften Westeuropas für den Aufbau der Wirtschaft unbedingt notwendig hat. Was tut's? Der „Vorwärts" wird weiter gegen Sowjet-Rußland hetzen und für die Bourgeoisie eintreten. Vorwärts, „Vorwärts", zu Stinnes!

Zur Sprengung der Münchener Bezirkskonferenz.

Während der Verhandlungen des Münchener Bezirksparteitages am Sonntag, dem 18. September, erschien ein Kriminalwachtmeister und etwa ¾ Stunden später ein großes Aufgebot der grünen Polizei. Alle Anwesenden mußten sich legitimieren. Von den anwesenden Genossen wurden 25 verhaftet, darunter der Bezirkssekretär, der Vertreter der Zentrale, Genosse Remmele, M. d. R., und der Landtagsabgeordnete Aschenbrenner. Nach genauer Feststellung der Personalien und vergeblichen Versuchen, Aussagen zu erzwingen, wurden sämtliche Genossen, darunter eine alte Genossin von etwa 60 Jahren, wieder aus dem Polizeipräsidium entlassen. Inzwischen ist auch der Bezirkssekretär als letzter freigelassen worden. Die Genossen, die von der Verhaftung verschont blieben, setzten selbstverständlich die Tagung fort.

Sipo als Telegrammspitzel.

Wir entnehmen unserem Frankfurter Bruderorgan, dem „Kommunist":

Was soll das bedeuten?

Wie uns von einwandfreier Seite mitgeteilt wird, werden beim Frankfurter Telegraphenamt Sipotrupps zur Ausbildung kommandiert, die sofort alle wichtigen Punkte kennen lernen. Arbeitern, die sich gegen die Provokation wandten, wurde von Sipoleuten erklärt, wenn sich die Arbeiter sperren würden, dann erfolge die Entlassung bei der Polizei und darauf die Einstellung der Arbeiter.

Aus Sowjet-Rußland.

Die Verleumder an der Arbeit.

Die von einigen englischen Zeitungen verbreitete Nachricht, daß Rußland und die Ukraine Rumänien angegriffen haben, ist vollständig falsch. Die Sowjetrepubliken greifen überhaupt keinen Nachbarn an, sie kämpfen nur auf ihrem eigenen Boden gegen die Weißgardisten, die von Polen und Rumänien her die Grenze überschreiten. Die Sowjetrepubliken befinden sich bloß im Zustande der Verteidigung. Polen und Rumänien schicken fortgesetzt weißgardistische Banden über die Grenze, welche das gesammelte Eigentum vernichten, die Sammlung von Lebensmitteln verhindern und Züge zur Entgleisung bringen. Polen weigert sich hartnäckig dieses Treiben einzustellen. Der polnische Offizier Myslowski verbreitet in Warschau ein dummes Märchen über eine angebliche Mystifikation der Sowjetregierung durch gefälschte Dokumente, die sich auf die Verbindung der polnischen Regierung mit den Weißgardisten beziehen. Diese Geschichte steht ganz im Widerspruch mit allen Tatsachen des betreffenden Falles. Die polnische Regierung bemüht sich, durch solche Ausflüchte ihre Verbindung mit den Weißgardisten zu verheimlichen und fährt fort, ihre Banden auf das Territorium der Sowjetrepubliken zu senden. Rußland und die Ukraine handeln nur im Zustand der Verteidigung und kämpfen auf dem Gebiete der Sowjetrepubliken gegen diese verbrecherischen Banden.

Polen droht Sowjet-Rußland.

Berlin, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der polnische Geschäftsträger hat der Sowjetregierung ein Ultimatum überreicht, in dem der Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 1. Oktober angedroht wird.

Auslands-Uebersicht.

Ein geplanter Justizmord in Amerika.

Das Schwurgericht von Dedham in den Vereinigten Staaten hat zwei bekannte revolutionäre Arbeiter namens Sacco und Vanzetti wegen angeblichen Raubmordes zum Tode verurteilt. Die Anklage ist eine schändliche Erdichtung und hat nur den Zweck, zwei gefürchtete Gegner der Bourgeoisie unschädlich zu machen. In Amerika, Frankreich und Italien ist bereits eine starke Bewegung unter der Arbeiterschaft im Gange, um durch Protestaktionen die Vollstreckung des Urteils zu verhindern. Auch das deutsche Proletariat muß seine Stimme erheben und dazu beitragen, daß die beiden amerikanischen Genossen dem Justizmord entgehen!

Finnland und die neuen Angriffspläne gegen Sowjet-Rußland.

Die finnländische Regierung läßt zwar offiziell die Nachricht dementieren, daß sie dem polnisch-rumänischen Bündnis gegen Sowjet-Rußland beitreten wolle. Aber wie uns aus Warschau gemeldet wird, hält sich dort gegenwärtig eine Gruppe finnländischer Generalstabsoffiziere auf. Der Chef der französischen Militärmission in Warschau gab den Finnländern ein Festessen, auf dem die französisch-polnisch-finnländische Verbrüderung gefeiert wurde. Der Franzose hatte die eiserne Stirn, in einem Trinkspruch die polnische Armee als Garantie des Friedens in Osteuropa zu bezeichnen! Was die finnischen Militaristen in Warschau wollen, ist trotz aller offiziösen Ableugnungen klar genug.

Ein Erfolg der Pariser Arbeiterschaft. Aus Paris wird gemeldet: Vor einiger Zeit hatte die Pariser Stadtverwaltung den städtischen Arbeitern eine Lohnerhöhung bewilligt. Die Regierung Briands hatte aber ihre Zustimmung dazu versagt. Unter dem Druck des Proletariats hat sich nun aber doch der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten Le Trocquer dazu bequemen müssen, seinen Einspruch zurückzuziehen.

Ein neues Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Belgiens. Die soeben entstandene Vereinigte Kommunistische Partei Belgiens gibt von jetzt an ein neues Zentralorgan „Le Drapeau Rouge" („Die Rote Fahne") heraus. Von dem Blatt erscheint auch eine flämische Ausgabe unter dem Titel „De Roode Vaan".

Wirtschaftspolitik.

Die Ruhrkohlenförderung im August.

Die Kohlenförderung im Ruhrbezirk geht unaufhaltsam zurück. Zwar hat der Gesamtertrag im August bei 27 Arbeitstagen 8 068 065 Tonnen gegen 7 782 676 Tonnen im Juli bei 26 Arbeitstagen erreicht. Die arbeitstägliche Förderung war jedoch im August mit 298 817 Tonnen um 517 Tonnen geringer als im Juli, mit 299 334 Tonnen um 8 246 Tonnen geringer als im Juni, in dem arbeitstäglich 307 063 Tonnen gefördert wurden. Im Vergleich zum August 1913 blieb die Förderung eines Arbeitstages um rund 78 000 Tonnen zurück, obwohl die Belegschaft sich inzwischen um rund 141 000 Mann vermehrt hat.

Immer wieder kommen in diesen Zahlen die verwüstenden Folgen des Kriegsraubbaues zum Ausdruck. Die Bergherren suchen diese dadurch zu überwinden, daß sie immer mehr lebendige Arbeitskraft ausnutzen, die Folge ist der Rückgang der Produktion und die Steigerung des Profits der Grubenherren.

Aus der Partei.

Die Partei und die Teuerungskampagne.

In der „Hamburger Volkszeitung" schreibt K. B.: Wenn nicht alles täuscht, wird die Teuerung weiter steigen und sehr bald die jetzt erreichten geringen Lohn- und Gehaltserhöhungen noch wertloser machen. Auch die neue Valutakonjunktur wird die Lage nicht ändern können. Die Arbeitslosigkeit wird zwar etwas abnehmen. Aber es handelt sich jetzt nicht in erster Linie um die Lebenslage der Arbeitslosen, sondern um die der gesamten werktätigen Masse, und zwar mit Einschluß der Arbeitslosen und der Rentenempfänger, denen man bisher noch weniger als den Arbeitenden zum Ausgleich der Teuerung gegeben hat, nämlich gar nichts. Die Industrieritter, die sich Weltmarktpreise, wenn auch die billigsten, zahlen lassen, sind durchaus nicht geneigt, einen wichtigen Pfeiler ihrer Dumpingwirtschaft auf dem Weltmarkt, die Hungerlöhne des deutschen Proletariats, durch eine Verbesserung des Reallohnes zu unterminieren. Dazu kommt noch, daß der drohende Steuerraub zug bald in das Stadium der parlamentarischen Entscheidungen tritt, was nicht ohne entrüstende Wirkung auf die werktätigen Massen abgehen kann. Außerdem ist noch der immer akuter werdende Angriff auf das Streikrecht und den Achtstundentag in Rechnung zu stellen. Die Zuspitzung der Auseinandersetzungen mit der monarchistischen Gegenrevolution tut ihr übriges. Es gilt nun in den Mittelpunkt der Diskussion für die kampfbereite Einheitsfront zu stellen: Kampf um eine wirkliche Verbesserung der Lebenslage zunächst mindestens auf das Niveau der Vorkriegszeit, Abwehr jeder Belastung der Besitzlosen mit direkten oder indirekten Steuern, Kampf gegen jede Reaktion.

Dazu und für jede erfolgreiche Tätigkeit wird als dringendste Aufgabe die Mobilisierung der inneren Parteifront gelöst werden. Die bei der Einleitung der Kampagne gemachten Erfahrungen haben eine unglaubliche Passivität und Unerfahrenheit der Mitgliedermassen gegenüber ihren Aufgaben als Revolutionäre bloßgelegt. Das muß offen ausgesprochen werden, um es in der Arbeit überwinden zu können. Der Prozeß der Aktivierung der Partei ist noch lange nicht abgeschlossen. Die schwerste Arbeit steht uns noch bevor. Nachdem zuerst nach der Aktivierung der Partei gerufen wurde, dann eine organisatorische und politische Linie für eine aktive Einstellung der Partei gefunden wurde, gilt es nun, die große Masse der Mitglieder und Funktionäre in Bewegung zu setzen, mit aktivem, tatbereitem Geist zu erfüllen, ihnen Mittel und Wege für die Arbeit in den Massen zu zeigen.

Neues aus aller Welt.

Mehrere Flugzeuge durch Bombenexplosion zerstört. Bukarest, 21. September. Das aus fünf Flugzeugen bestehende Bombengeschwader von Brasso stand zu Versuchsflügen bereit. Durch Explosion einer heruntergefallenen Bombe wurde plötzlich die ganze Munition der Flugzeuge in Brand gesetzt. Mehrere Flugzeuge wurden zerstört, ein Offizier, ein Unteroffizier und acht Mann getötet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210922-15/fragment/page=0002

Verbandstag der Metallarbeiter.

Siebenter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende Braß eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 15 Min. und erteilt dem Vorsitzenden der Beschwerdekommission, Schulz (Bremen), das Wort zu seinem Bericht über die

Kommunistenausschlüsse.

Dieser führte aus: Die Kommission hatte sich zunächst zu entscheiden, ob der Vorstand und Beirat zu ihrem bekannten gegen die „kommunistische Zerstörungsarbeit" gerichteten Beschluß berechtigt waren. Die Frage wurde mit 16 gegen 2 Stimmen bejaht; denn der Vorstand war dazu nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Der Ausschuß war weiter der Auffassung, daß die

kommunistische Reichskonferenz der Metallarbeiter

und ihre Auswirkungen im höchsten Grade verbandsschädigend waren. Insbesondere kommt das für das von Richard Müller gehaltene Referat in Frage.

Wenn die Kommission nicht jeden der in Frage kommenden 17 Fälle eingeln behandelt hat, so deshalb, weil allen das gleiche Vergehen zugrunde liegt und es sich daher um eine prinzipielle Entscheidung handelt. Die Beschwerdekommission konnte sich der Argumentation des Verbandsausschusses, der bekanntlich die Entscheidungen des Vorstandes nicht billigte, nicht anschließen. Die Kommission beantragte daher mit 13 gegen 5 Stimmen, sich den Entscheidungen des Vorstandes anzuschließen, und die Ausschlüsse als zu Recht bestehend zu betrachten.

Genosse Malzahn, dem auf Antrag der kommunistischen Fraktion eine verlängerte Redezeit gewährt wird, vertritt die Auffassung der Minderheit in der Kommission. Er stellt zunächst fest, daß die Einstimmigkeit in der Kommission nicht so groß war, als aus dem Bericht des Kollegen Schulz entnommen werden kann. So wurde mit 9 gegen 9 Stimmen die Einzelbehandlung eines jeden Falles abgelehnt. Sogar dem Kollegen Handtke vom Hauptvorstand wäre die summarische Behandlung zu weit gegangen.

Der Redner geht dann auf einige Fälle näher ein. So hätte der Untersuchungsausschuß gegen den Kollegen Bastigkeit (Berlin) wie auch der Untersuchungsausschuß in Chemnitz gegen den Kollegen Kühn nur auf eine Rüge erkannt. Der Hauptvorstand hätte sich darum nicht gekümmert und einfach den Ausschluß verfügt. In anderen Fällen hätte er bei einem ihm unbequemen Urteil eine neue Untersuchungskommission ernannt. Daraus gehe hervor, daß

der Vorstand ohne Rücksicht auf das Untersuchungsergebnis unter allen Umständen den Ausschluß der Kommunisten durchsetzen wollte.

Wenn der Vorstand hier erklärt, daß er gegen die Konferenzteilnehmer, die ihren „Irrtum" einsehen und etwas derartiges nicht mehr machen wollen, die Ausschlußanträge zurückziehe bzw. zurückgezogen habe, so stelle ich hiermit fest, daß eine derartige Behandlung der Sache nichts mit einer objektiven Rechtsprechung gemein hat. (Sehr richtig!)

Bekanntlich hat der Verbandsausschuß die Entscheidungen des Vorstandes vor allen Dingen deshalb nicht gutgeheißen, weil nachweislich andere Parteirichtungen, die dem bisherigen Vorstand sehr nahe stehen, innerhalb des Verbandes schon früher ähnliche Konferenzen abgehalten haben, ohne daß von irgendeiner Seite darin ein verbandsschädigendes Treiben gesehen wurde. Ich stelle fest, daß die Mehrheit der Beschwerdekommission diese Tatsache nicht widerlegen konnte.

Kollegen, wenn Ihr trotzdem den Anträge der Beschwerdekommission zustimmt, dann beweist Ihr damit, daß alle die hier gehaltenen Reden von Einigkeit und Einheitsfront eine Heuchelei und ein unehrliches Spiel waren. Wir ersuchen daher um Ablehnung des Kommissionsbeschlusses.

Sickert (KPD.), Vorstandsmitglied: Als Vertreter der Minderheit habe ich in der Beiratssitzung vom 14. Januar schon vor der Schädlichkeit und den schlimmen Folgen des damaligen Beschlusses gewarnt. Und ich stelle hier fest, daß sich auch der Kollege Haas (Köln) in schärfster Weise dagegen wandte. Er nannte damals den Beschluß ein Ausnahmerecht gegen eine bestimmte Geistesrichtung im Verband. Mit welcher Leichtfertigkeit der Vorstand über die ganze Angelegenheit urteilt, geht daraus hervor, daß er die Entscheidung des Verbandsausschusses ohne nochmalige Durchsicht der Akten in einer halben Stunde erledigte.

Landgraf (Bremerhaven) hält den Ausschluß der Kommunisten Schorch für berechtigt, weil dieser trotz Warnung die Konferenz besucht habe.

Handtke (Vorstandsmitglied): Der Vorstand hat die Entscheidung des Ausschusses deshalb so rasch erledigt, weil die Akten schon auf dem Wege nach Jena waren. (Dann hätte er überhaupt nicht darüber entscheiden dürfen.) Der Kollege Bastigkeit (Berlin) mußte deshalb ausgeschlossen werden, weil von ihm keine Erklärung vorlag, in der er seinen Irrtum zugegeben hätte. (Also nicht aufrechte Männer, sondern Eunuchen will der Vorstand haben. D. Berichterst.) Im Interesse des Verbandes ersuche ich, die Anträge der Beschwerdekommission gutzuheißen.

Schulz ging in seinem Schlußwort fast gar nicht auf die konkreten Fragen, die unmittelbar im Zusammenhang mit den Ausschlüssen stehen, ein, sondern polemisierte in gehässiger Form durch Vortragen der bekannten Lügen gegen die Kommunisten. Er ließ sich darin auch durch die wiederholten Rufe: Zur Sache! nicht stören. Er schloß mit den Worten: Wir müssen mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die „Gewerkschaftszerstörer" vorgehen.

Es folgt nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Art der Abstimmung. Als die von unseren Genossen beantragte Einzelabstimmung über jeden Fall abgelehnt wurde, beantragte Genosse Walcher im Namen der kommunistischen Fraktion namentliche Abstimmung über die Ausschlußanträge.

Es erfolgt nun die Beratung und Abstimmung über die von der SPD. und USP. gemeinsam ausgearbeitete Einheitsresolution, gegen die die Kommunisten stimmen unter Abgabe folgender

Erklärung:

„Zur Abstimmung über die grundsätzliche Entschließung. Die Fraktion der KPD. hat gegen die Entschließung Haas (Köln), Haas (Osnabrück) gestimmt:

1. weil die Resolution zwar die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage teilweise richtig analysiert, daraus aber falsche und verschwommene Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung und die Aufgaben der Organisationen zieht;

2. weil die Generalversammlung durch die Ablehnung unseres Zusatzantrages die Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften ermöglicht hat;

3. weil die Erklärung am Schluß des fünften Absatzes die Maßnahmen des Vorstandes gegen die Kommunisten gutheißt, was eine Schädigung der Organisation zur Folge haben muß."

Hierauf teilt Kollege Meeh (Stuttgart) folgendes mit: Bei der heutigen Abstimmung über die Ausschlüsse ist von dem Verbandsangestellten Willi Daßler (Altwasser) der bezeichnende Zwischenruf gefallen:

Die Kommunisten müssen nicht nur alle heraus aus dem Verband, sondern ins Zuchthaus geworfen werden. (Große Erregung.)

Daßler bestreitet, diese Aeußerung gebraucht zu haben, wird aber durch viele Zwischenrufe sofort widerlegt.

Fortsetzung der Statutenberatung.

Nachdem der mehrtägige Kuhhandel zwischen SPD. und USP. um die Besetzung des Vorstandes und um die Verteilung der Posten mit vieler Mühe zu einem Abschluß gekommen ist, wird die Statutenberatung fortgesetzt. Doch von einer wirklichen Beratung kann nicht mehr gesprochen werden. Die Statutenberatungskommission hat ihre auf allen Tischen gedruckt ausliegenden Beschlüsse entsprechend den Abmachungen zwischen den beiden Fraktionen korrigiert und alle Diskussionsredner können nichts daran ändern, daß sämtliche Statutenänderungen nach den Vorschlägen der Kommission durchgepeitscht werden.

Der strittige Paragraph 25 erfährt folgende Aenderungen: Bisher drei Vorsitzende, jetzt vier. Bisher 21 Vorstandsmitglieder, jetzt 22. Bisher vier Sekretäre, jetzt fünf. Bisher ein Redakteur, jetzt zwei.

Zu dem Antrag, die Verhältniswahl einzuführen, führte Genosse Malzahn aus: Die Verhältniswahl ist nicht nur das gerechteste Wahlsystem, sondern es wird damit auch erreicht, daß jede Richtung sich an der Verwaltung betätigt, was nur im Interesse des Verbandes liegen kann. (Zuruf: Das hättest Du in Stuttgart sagen sollen.) Was dort gesagt werden sollte, das ist von Dißmann gesagt worden. (Große Heiterkeit.)

Wir haben hier eine widerliche Schieberei, ein Feilschen und Kuhhandeln mit ansehen müssen, das sicher auch für die Beteiligten alles andere denn angenehm war. Hat doch selbst Haas den Ausspruch getan,

Robert schiebt und Haas zieht.

(Heiterkeit.) Alles das wird durch Einführung der Verhältniswahl aufgehoben. Deshalb ersuchen wir um Annahme des Antrages für die Verhältniswahl.

Kummer (SPD., Minderheit) tritt durch eine sehr logische Beweisführung für das Verhältniswahlsystem ein.

Trotz alledem wird die Verhältniswahl für alle Wahlen im Metallarbeiterverband abgelehnt.

Zu einer kurzen Debatte kam es noch bei dem Antrag, der bezweckte, die Wahl der unbesoldeten Vorstandsmitglieder nicht mehr wie bisher durch die Kollegen der Verwaltungsstelle Stuttgart, sondern durch die Generalversammlung vorzunehmen. Da die Mehrzahl der Kollegen in Stuttgart kommunistisch gesonnen ist, war es klar, daß dieser Antrag auf der Generalversammlung angenommen wurde.

Zu § 34 des Statuts wurde folgender Zusatzantrag eingebracht:

„Die Bildung von parteipolitischen Fraktionen oder Zellen (illegal oder legal) innerhalb des Verbandes und dessen Körperschaften, wie Generalversammlungen, Bezirks- und Berufskonferenzen, Mitgliedes- bzw. Generalversammlungen, Vertrauensmänner- oder Funktionärsitzungen der einzelnen Verwaltungsstellen ist wegen der die Organisation schädigenden Wirkung nicht statthaft."

Dieser Antrag hat nicht die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit erreicht und ist daher abgelehnt.

Bei der Gesamtabstimmung wird das Statut in der neuen Fassung gegen die Stimmen der kommunistisch gesinnten Delegierten angenommen und tritt am 1. Oktober in Kraft.

Bei der

Wahl des Vorstandes

kam die Illoyalität der Mehrheit gegenüber den Kommunisten recht kraß zum Ausdruck. Erst nachdem die gemeinsame Vorschlagsliste der SPD. und USPD. vervielfältigt und teils schon im Saale verteilt war, wurde die Wahlprüfungskommission der Form halber zusammenberufen, die dann durch ihren Vorsitzenden ihre (?) Vorschläge bekannt gab. Auf diese Weise war es unserem der Kommission angehörenden Genossen nicht möglich, die Vorschläge der kommunistischen Fraktion mit auf die gedruckte Vorschlagsliste zu bringen. Wohl hat man dann nachträglich die Delegierten aufgefordert, die von uns vorgeschlagenen Genossen Sickert und Wegmann als Vorstandsmitglieder und Meeh und Fischer als Beisitzer auf die Liste zu schreiben.

Die gerissenen Wahlschieber wußten wohl, warum sie so vorgingen. Denn dadurch haben sie erreicht, daß die vielen mit der Schiebung unzufriedenen Delegierten ihrer Fraktionen so gut wie keine Möglichkeit mehr besaßen, nennenswerte Aenderungen vorzunehmen.

Der neue Vorstand

setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzende: Dißmann (555 Stimmen), Reichel (544), Brandes (461), Eggert (530).

Kassierer: Werner (608), Schäfer (548).

Sekretäre: Handtke (553), Schliestedt (515), Buse (538), Tost (555), Schott (583).

Beisitzer: Kopp, Schwengle, Oswald, Klotzbücher, Steiger, Wendler, Heidenreich, Stetter, Maier, Kurz und Jaisle.

Redakteure: Haase und Kummer.

Ausschuß: Weißig und Baumann.

Auf unsere Genossen entfielen: Sickert 149 Stimmen, Wegmann 106, Meeh 100 und Fischer 104.

Dißmann dankte im Namen des neugewählten Vorstandes für das durch die Wahl zum Ausdruck gebrachte Vertrauen und forderte durch einige kurze Schlußworte die Delegierten wie die gesamten Verbandsmitglieder auf, einig und geschlossen zusammenzustehen gegen unseren gemeinsamen Feind, den Kapitalismus.

Illg, als Sekretär der Metallarbeiter-Internationale, rühmte in einer längeren Ansprache die auf diesem Kongreß gepflogene Sachlichkeit und den trotz aller Gegensätze immer wieder zum Ausdruck gebrachten Willen zur Einigkeit.

Mit einem Dank an alle Delegierte für ihre schwere Arbeit und für ihr bis zur letzten Minute pflichteifriges Ausharren auf dem Verbandstag trotz der sehr ausgedehnten Sitzungen schloß der Vorsitzende Böckel den Verbandstag um 9 Uhr abends.

Die kommunistischen Delegierten stimmten die Internationale an, und unter den Klängen dieses proletarischen Kampf- und Trutzliedes leerte sich der Saal.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Tischler nach kurzem Kampf beendet.

Aus dem Bureau der Holzarbeiter wird uns geschrieben:

Am 15. September traten die Tischler in den Streik, um die Lohnerhöhungen, welche in dem Landesvertrag für das Holzgewerbe für die Provinz Sachsen festgelegt waren, durchzudrücken. Die Forderungen lauteten wie bekannt, 1,80 Mk. für über 22 Jahre alte Fach- und Hilfsarbeiter auf alle zurzeit bestehenden Löhne. Dann traten die Abstufungen nach unten ein. Die Tischlermeister, allen voran der Arbeitgeber-Schutzverband, glaubten unsere Kollegen mit 1,10 Mk. abspeisen zu können und mußten ihnen faktisch zu, zu Lohndrückern gegenüber den Magdeburger Tischlern zu werden. Wenn nun auch der Schutzverband es gern zur Aussperrung gebracht hätte, so hatte derselbe doch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Unternehmer wurden zu durcheinander gewürfelt, daß wir am Tage des Eintritts in den Streik bereits einen erheblichen Teil Betriebe, welche die Forderungen bewilligten, buchen konnten. Wenn es nun auch nicht gelang, die Nachzahlung ab 2. September durchzudrücken, so werden doch von jetzt an die erhöhten Löhne auch in Halle gezahlt werden. Unsere Kollegen verstehen es, sich auf eine andere Art schadlos an denen zu halten, welche die Nachzahlung verweigerten. Ebenfalls werden wohl die Tischlermeister recht bald ihre Unterschrift unter den Landesvertrag setzen müssen, denn in der Praxis ist es so, daß eine vertragslose Zeit, noch dazu, wenn ein guter Geschäftsgang ist, nur für unsere Kollegen, die ja an nichts gebunden sind, von Vorteil ist. Und die Hallischen Tischler sind ziemlich gute Rechner. Wir lassen die Vereinbarung, die das, was der Landesvertrag als Lohnerhöhung vorsieht, erfüllt, und die zur Beilegung des Kampfes geführt hat, folgen.

1. Als Löhne werden bestimmt:

für Fach- und Hilfsarbeiter über	22	Jahre	b. Std.	1,30	Mk.,
„ „ „	v. 20—22	„	„	1,20	„
„ „ „	v. 18—20	„	„	0,90	„
„ „ „	v. 16—18	„	„	0,60	„
„ Facharbeiterinnen über	20	„	„	0,80	„
„ „ unter	20	„	„	0,50	„ Zulage.

2. Die am 2. September 1921 zugelegten 50 Pf. (Fa. Ritter 90 Pf.) werden in Anrechnung gebracht. Soweit auf diese 50 Pf. frühere Zulagen verrechnet worden sind, kann diese Verrechnung nur für die Zulagen nach dem 1. August bestehen bleiben. Soweit Zulagen nach dem September gezahlt sind, sind sie in Anrechnung zu bringen.

3. Die zu 1 genannten Sätze werden von der Wiederaufnahme der Arbeit an gezahlt.

4. Die Arbeit wird spätestens am Donnerstag, dem 22. September 1921 zur gewöhnlichen Zeit wieder aufgenommen.

5. Firmen, die bereits höhere Löhne nach dem 2. September 1921 bewilligt haben, dürfen sie auf Grund der Vereinbarung nicht herabsetzen.

6. Darüber, ob der Landestarifvertrag für Sachsen-Anhalt Gültigkeit hat, entscheiden die Zentralorganisationen. Für den Fall der Nichteinigung entscheidet das Reichstarifamt endgültig. Und zwar auf Anruf einer der Parteien. Die Parteien verpflichten sich, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Zentralorganisationen in spätestens 14 Tagen zusammentreten und in weiteren 14 Tagen die Verhandlungen zu Ende führen.

Die tschechischen Gewerkschaften für die revolutionäre Aktion.

Prag, 19. September. (CSR.) Gestern fand in Brünn die Landeskonferenz der tschechoslowakischen Gewerkschaften statt, der die Arbeiterschaft der ganzen Republik mit großer Spannung entgegensah. Zum ersten Male seit dem Jahre 1914 traten die Delegierten aller Gewerkschaften Mährens zusammen, um der Gesinnung des gewerkschaftlich organisierten Proletariats Ausdruck zu geben. Bei der ungeheuren Bedeutung, welche den Gewerkschaften im gegenwärtigen Wirtschaftsleben zukommt, war das dieser Konferenz entgegengebrachte allgemeine Interesse begreiflich. Anwesend waren 460 Delegierte aus allen Teilen Mährens und 150 Gäste.

Die Verhandlungen der Konferenz waren von revolutionärem Geiste erfüllt und die reformistischen Bestrebungen der Amsterdamer Internationale wurden von fast allen Delegierten als unzeitgemäß und unwirksam bekämpft. In den einhellig angenommenen Resolutionen manifestiert sich die Entschlossenheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, neue Kampfmethoden und eine neue Kampftaktik im Sinne der revolutionären Aktion zu eröffnen. So wird in einer mit allen gegen zwei Stimmen angenommenen Resolution der Austritt des Gewerkschaftsverbandes aus der Amsterdamer Internationale und der Beitritt zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale verlangt. In einer weiteren einstimmig angenommenen Resolution wird eine Kampftaktik gefordert, welche Massenaktionen an Stelle von Sonderaktionen ermöglicht und einen derartigen Umbau der Gewerkschaften fordert, der sie befähigt, die organisierte Kontrolle der Produktion, des Warenumlaufes, sowie der Ein- und Ausfuhr als Vorbedingung für die spätere Uebernahme der Gesamtproduktion durchzuführen.

Bei den Wahlen wurden in die Landeskommission der Gewerkschaften durchweg Kommunisten gewählt, bis auf den Vertreter der Graphiker, der politisch nicht exponiert ist.

Die Feuerungsmaurer im Leunawerk ausgesperrt.

Die Arbeitgeber für das Feuerungsgewerbe, die in dem Badischen Ammoniakwerk (Leunawerk) Arbeiten ausführen, haben, auf einen Druck der Werkleitung hin, ihre Feuerungsmaurer und deren Helfer ausgesperrt. Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl der im Werke beschäftigten Kollegen und warnen vor Zuzug von auswärts.

Die Leitung der Ausgesperrten.

!!! Krawatten !!!

zu billigen Preisen.

Binder . . 12⁵⁰ 9⁵⁰
Regattes . 9⁵⁰ 6⁵⁰
Schleifen . 8⁵⁰ 6⁰⁰

Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2.
3299 Eine Treppe. Eing Sternstrasse

Transportgurte,
gebraucht, für Pantoffelfabrikation, sowie auch
Lederklappen
von gebrauchten Sätteln in großen Mengen verkauft preiswert *1176
Sternlicht, Alter Markt 11. Tel. 1388.

Lackschuhe
elegante Fassons, schicke Ausführung.
Zum Ausuchen, solange Vorrat reicht.
Chrom-Rindlack, Einspangen- u. Schnürschuhe 118—
Lederbrandsohle , 35/41 Paar für Paar
3307 Keine minderwertige Ware.
Schuhhof, Halle a. d. S., Neumarktstr. 3-4.
Auf sämtliche Schuhwaren weitgehendste Garantie.

Werbt für den „Klassenkampf"

Schlafzimmer,
Küchen,
Herren- und
Speisezimmer,
sowie einzelne
Möbel
in allen Preislagen empfiehlt 1149
Möbelfabrik
H. Bergmann,
Inh: A. Ebeling,
Fleischerstr 80/81.
Telephon 2882.

Von heute an stehen fortwährend ganz gr. Ferkel, Läuferschweine, u. ganz gr. Mastschweine von 80—120 Pfd. ganz billig zum Verkauf. *1184
Gust. Lohberg, Halle a. d. S., Gasthof „Goldene Rose", Mannschaftstr. 19. Tel. 6842.

Kaufe Kanarienhähne, bez. 140 Mk.
Bessere Vögel höhere Preise.
Weibchen, ausser grüne, 20 Mk.
Nur Freitag, den 23. d. M. 3300
Gasthaus „Stadt Leipzig", Joseph Tischler.

Ein Fingerzeig für
Geschlechtskranke!
Drei belehrende Hefte à 1 Mark.
1. Harnröhrenleiden (frisch und alt) mit Anhang: Weißfluss der Frau. 2. Syphilis und ihre Heilung ohne giftige Einspritzungen. 3. Mannesschwäche.
Versand erfolgt vollständig diskret in verschlossenem Brief. Wirksame, unauffällige Kuren ohne Berufsstörung, viele Anerkennungen. Keine sonst üblichen Phantasiepreise, keine unerwünschten Nachnahmesendungen. Schreiben Sie sofort, welches Heft Sie wünschen.
Dr. med. H. Schmidt, G. m. b. H.
Berlin NW 69, Kirchstraße 24. *1309

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210922-15/fragment/page=0003

Aus dem Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Das Land Ludendorffs „verraten".

Wegen Landesverrates hatte sich vor dem vereinigten 2. und 5. Strafsenate des Reichsgerichts der Mechaniker Karl Kamp zu verantworten. Er ist am 27. Juni 1893 in Krefeld geboren, seit August 1919 verheiratet und war zuletzt in Nürnberg in Stellung. Seit dem 17. Juni befindet er sich in Untersuchungshaft. Er war während des Krieges Matrose in der deutschen Marine, desertierte und floh nach Rotterdam. Hier soll er nach der Anklage einem feindlichen Spionagebureau Spionendienste geleistet haben. In der ziemlich langen Verhandlung konnte nicht ausreichend festgestellt werden, daß er dem feindlichen Spionagebureau eine Zeichnung und einen Bericht geliefert hat, d. h. ihm Mitteilungen gemacht hat, welche geeignet waren, der deutschen Kriegsmacht Nachteile zuzufügen. Dagegen wurde als erwiesen angesehen, daß er während des Krieges dem genannten Spionagebureau zwei deutsche Fahnenflüchtige zugeführt hat, damit diese ausgefragt werden könnten. Das Reichsgericht würde hierin den Tatbestand des § 90, 5 StGB. erblickt haben, wenn bekannt wäre, welche Mitteilungen die beiden Deserteure dem feindlichen Bureau gemacht haben. Da dies nicht der Fall ist, wurde nur versuchter Landesverrat angenommen, und zwar ein minder schwerer Fall. Der Gerichtshof hielt die niedrigste zulässige Strafe für ausreichend und verurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Auf die Strafe wurde ein Jahr der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

Sport.

Fußball-Abteilung Fichte Halle. Spielresultate vom vergangenen Sonntage: Die 1. Mannschaft spielte gegen Sportverein Eintracht I Gröbers unentschieden 2:2; II. Mannschaft gegen Ammendorf II 2:1; die III. Mannschaft gewann gegen Reideburg II mit 5:1; Jugend-Mannschaft unterlag gegen Wörmlitz Jugend mit 0:5. — Veranstaltungen: Freitag, den 23. September, abends 8 Uhr, Mannschaftsbesprechung der II. Mannschaft. Vorher 6 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Jugend-Spieler und beider Schüler-Mannschaften. Jugend- und Schülerkarten sind zwecks Prüfung mitzubringen. Das Erscheinen jedes Spielers ist unbedingt erforderlich. Zu dem am 25. September stattfindenden Sportfest treffen sich alle Spieler, gemeinsam mit den Turnern, vormittags 11 Uhr, im Gasthof „Zur grünen Tanne", Mansfelder Straße 58. Pflicht eines jeden Sportlers ist es, da zu erscheinen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Krop; Verlag: Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg, Abt. Verlag Klassenkampf. Druck halische Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

K-P-D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Versammlungen

Ortsverein Halle.

Bureau: Leipzigerstraße 14, Fernsprecher 3473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

In allen Distrikten: Heute, Donnerstag, den 22. September, abends 8 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Neuwahl der Distriktsleitung. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Bureau: Halle, Leipzigerstraße 14, Fernspr. 3473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabend nachmittags geschlossen.

Osmünde-Gröbers. Freitag, den 23. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Möslein, Osmünde: Mitgliederversammlung. Thema: Bericht vom Jenaer Parteitag.

Burg-Theater — Erstaufführung. Amerik. Großfilm, 5 Akte, mit wunderbarer Tragik, aus dem Verbannungsleben. Schloß Einöd mit Eva May. 4-Akter-Drama 3298

Kleine Spesen — Kleiner Nutzen!

Vorteilhaftes Angebot in Herren-Hosen!

Wir haben große Posten zu alten Preisen hereinbekommen und bringen zum Verkauf 3297

Englische Lederhosen 60,— 68,— 78,—
Manchester-Hosen 110,— 120,— 150,—
Stoff- und Zwirn-Hosen 45,— 65,— 80,—
Kammgarn-Hosen 65,— 80,— 110,—
Knaben-Hosen äußerst billig.

Heun & Schulze, Halle, Raffineriestraße 42.

Günstig für Wiederverkäufer!

Mein **Total-Ausverkauf** bringt vom 23. September an **sehr große Posten Anzugstoffe** *1185 in den Preislagen von 30 — 40,— 50,— 60,— 70,— und 80,— Mark per Meter.

Es handelt sich um nur solide, gut tragfähige Ware, worauf ich ohne Rücksicht des Einkaufspreises trotzdem **10% Rabatt** gewähre.

Ludwig Zengerling, en gros Tuche und Futterstoffe, en détail **Barfüßerstraße 11** (Ecke Schulstraße), Fernsprecher 2497.

Bei Stoffeinkauf wird, tüchtige Schneidermeister nachgewiesen.

Solange der Vorrat reicht:

Tafel-Margarine 11⁷⁵ 10⁹⁰ Pfund 3290

Prima Landwurst, Pfund 19⁵⁰ 15⁰⁰
Schweineschmalz, garantiert rein,
Kümmelkäse . . 175 120 50 Pf.
Limburger 300 Pf. Edamer 500 Pf.
Nudeln Pfd. 7⁸⁰ Makaroni Pfd. 9⁰⁰
Vollreis Pfd. 4⁹⁰ 4⁵⁰ Grieß Pfd. 3⁵⁰
Mohn, Hülsenfrüchte, alle Sorten,
Kaffee, frisch gebrannt, ¼ Pfund 6⁵⁰ 5⁷⁵
Kakao, Most, Sarotti . . Pfund 16⁰⁰
Kakao, Berger, ½ Pfd. 7⁶⁰, ¼ Pfd. 3⁹⁰
Schokoladen, Keks, Zwieback, Tee,
Schokoladenpulver, Haferkakao.
Himbeersaft, garantiert rein, in Flaschen.
Steinpilze (nach bayerischer Art)

Wilhelm Zlos

Untere Leipziger Straße 5.

Für **Kleine Kinder** ist der **Fenchelhaftthee** 1815 bringend zu empfehl. Odermeyer's Medizinal- **Herba-Seife** sie wirkt geradezu Wunder. J. Erichsen, Flensburg. Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme bes. zu empfehl. Zu hab. in all. Kroth., Droger. und Parfüm.

Stadttheater

Freitag, den 23 Septemb., Anfg. 7½, Ende v. 10 Uhr.

Zwangseinquartierung.

Schwank in 3 Aufzügen von Arnold und Bach.

Sonnabend: Gastspiel Kammersänger Dr. Paul Kuhn, Berlin **Siegfried.**

Halt! **Kleine Anzeigen** wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!

Freitag und Sonnabend: 3303

Pa. Roßfleisch

Rouladen, div. Wurstwaren.

Paul Strömer, Roßschächterei, Kleiner Sandberg 17.

Radfahrer! Das größte Spezialgeschäft 3311

H. Bieder,

nur Große Steinstraße 35,

bietet durch großen Einkauf **zu alten bekannt billigsten Preisen:**

Gute Qualitäten Mäntel 45, 50, 55, 60 Mk.
Gebirgsreifen, extrastark . . . 70, 75 Mk.
Schläuche 17, 20 Mk., extraprima 25 Mk.

Decken Sie Ihren Bedarf, bevor die Preise steigen. Bitte genau auf Firma achten. :: Versand per Nachnahme.

Volkspark. 1141 Krätiger **Mittagstisch.**

Kenner kauen nur Grimm & Triepel.

Ständig zu haben in großen und kleinen Posten in der 3312

Tabak-Börse, Rannischestraße 22.

Sohlleder-Ausschnitt, Schuhm.-Bedarfsartikel, in großer Auswahl zu haben bei 1200

Wilh. Kranig, Lederhandlung, Neue Promenade 15.

Chlorodont gegen üblen Mundgeruch

Trikotagen

Dauerhaft gut und billig

Gute Qualitäten. Billige Preise. 1208

Dauerwäsche-Vertrieb **Kl. Berlin 2** 1 Treppe Eingang Sternstr.

unzerreißbar!

Holzpantoffeln

— starkes Lederblatt — liefert billigst

Paul Zinke, Gr. Gosenstraße 1, Eing. Ecke Schleifweg.

Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise. 1148

Ramses ☆ Pteo ☆ Salem

sowie sämtliche führende **Zigaretten-Marken** stets große Posten am Lager.

Qualitäts-Zigarren in jeder Preislage.

Infolge großer Abschlüsse enorm billige Preise.

Original Nordhäuser Kautabak von B. L. Hanewacker und Grimm & Triepel zum Fabrikpreis.

Sämtliche Stärken, ganz frische, saftige Ware.

Ganz besonders billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Gastwirte usw.

Lagerbesuch lohnend. :: Versand nach auswärts

Julius Loeb, Niederlage **Halle a. d. S.,** Tabak-Grosshandlung, 3310 Mauerstrasse 1 (am Franckepl.), Tel. 4721.

Postversand gegen Nachnahme!

Konkurrenzlos billig und größtenteils unter Fabrikationspreis sind unsere Waren, denn sie stammen noch zum großen Teil aus deutschen, engl. u. amerikan.

Heeresbeständen.

Arbeits- und Berufskleidung, ganz vorzüglich instandgesetzt, so gut wie neu:
Gummipelerinen, unverwüstlich ℳ 48,—
Schwere, vorzügl. Lederwesten, mit reinem Wollfutter . . . . . ℳ 125,—
Amerikanische Uniformen, Kakhi, brauner Wollstoff . . . . . ℳ 120,—
Wickelgamaschen, braune Wolle . . ℳ 10,—
Deutsche feldgraue Uniformblusen . ℳ 40,—
Schwarze Stiefelhosen, schwerste, beste Militärware . . . . . ℳ 45,—
Neue feldgraue, eisenfeste Drellanzüge m. aufgesetzt. Taschen u. Klappkrag. ℳ 105,—
Neue blaue Monteuranzüge, derb, vorzügliche Ware . . . . . ℳ 89,—
Neue feldgraue Hosen, Militärstoff, beste Verarbeit., je n. Größe ℳ 106,— b. 102,—
Wäsche: Engl. Militärhemd., Flanell ℳ 12,50
Unterhosen . . . . . von ℳ 5,50 an
Strümpfe, gute Ware . . . . . ℳ 4,—
Reinwollene amerikanische Strümpfe ℳ 6,50
Schwerste vorzügl. woll Wintersstrümpfe ℳ 9,50
Handschuhe: Woll. Fingerhandschuhe ℳ 8,50
Schuhwaren: Militärischhürschuhe bestes Leder, vorzügliche Verarbeitung, starke Sohle . . . . . ℳ 156,—
Schwarzer solider Herrenstiefel . . ℳ 95,—
Werkzeuge und Handwerkszeug unglaublich billig! *1182

Weit unter Fabrikationspreis!

Verlangen Sie Preisliste hierfür!

Bei schriftlichen Bestellungen erbitten wir Angaben der Größen und besonderen Wünsche.

B. Kaufmann & Co., G. m. b. H., Berlin-Wilmersdorf, Nikolsburger Platz 3.

:: Postversand gegen Nachnahme! ::

Makulatur verkauft **Verlag des „Klassenkampfes".**

Bellamy Ein Rückblick aus dem Jahre 2000. 8,00 Mk., Porto 40 Pf. **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/44.

+ Frauen wenn Ihre monatliche **Regel ausbleibt** oder stockt, seien Sie ohne Sorge. Neuen Lebensmut bringt Ihnen einzig und allein nur meine neue Spezialität, welche den **Sieg** über alles andere davon-**Kein Schwindel,** wo **alles** geblich versucht hatten, schreiben überraschende **Wirkung** *1189 selbst in hartnäckig., verzweifelten, bereits hoffnungsl. Fällen Unschädl.

Garantie für jeden **Fall, sonst Geld zurück.** Teilen Sie mir mit, wie lange Sie klagen hab. Diskr. Versand

Frau E. Wollenweber, Harburg (Elbe 401) Niemannstraße 31.

Ich übertreibe nicht **Viele** frohe Danksagungen bestät. d. Erfolg.

KPD. Ortsgruppe **Gutenberg.**

Am Sonnabend, den 17. September, verschied unsere treue Genossin 3304

Anna Lindenhahn.

Ihr Andenken werden wir in Ehren halten.

Der Vorstand.

Lebensmittel kauft jeder in anerkannt besten Qualitäten stets preiswert und gut bei **Otto Bornschein, G. m. b. H.,** Halle, Mittelstr. 21. 3305

— Einige — **Wagenlackierer** in gutbezahlte Dauerstellung gesucht. Fahrzeugwerke Jonitz bei Dessau. *1207

Familien-Nachrichten

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Sohnes sagen wir allen denjenigen unseren herzlichsten Dank, welche den Sarg so reich mit Kränzen schmückten. Besonders Dank seinen Freunden und Arbeitskollegen für so viele herzliche Beweise der Liebe und Teilnahme an der Beerdigung. Auch Dank dem Kollegen vom Eisenbahnerverband für die sinnreichen Worte am Grabe.

Familie Hans Fiedler und Braut. 3308

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verlust unseres lieben Entschlafenen kann ich es nicht unterlassen, allen seinen lieben Arbeits- und Verbandskollegen hierdurch nochmals meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Möge jeder von solch schwerem Schicksal bewahrt bleiben.

Halle, Augustastr. 16, den 22. Sept. 1921.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Ww. Commichau, Söhne und Schwiegertöchter. 3301

Vergebung

der Neu- bzw. Umpflasterung der Talamtstraße und eines Teiles des Marktplatzes am Montag, dem 26. September, vormittags 10 Uhr, im Magistrats-Bureau I, Zimmer Nr. 23, des Wagengebäudes. Verdingungsunterlagen sind daselbst zu haben.

Halle, den 22. September 1921.

3306 Städtisches Tiefbauamt.

Vergebung

der Arbeiten zur Erneuerung des Oelkarbenanstriches der Burgbrücke am Montag, dem 26. September, vormittags 10 Uhr, im Magistrats-Bureau I, Zimmer Nr. 23 des Wagengebäudes. Bedingungsunterlagen sind daselbst zu haben.

Halle, den 20. September 1921.

2302 Städtisches Tiefbauamt.

Statt besonderer Anzeige.

Heute früh 1½ Uhr verschied nach langem, schwerem, in großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber, guter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der frühere Gastwirt (Burgtheater)

Carl Schmidt

im vollendeten 66. Lebensjahre *1183

In tiefem Schmerz:

Frau Marie Schmidt geb. Kretsch.
Familie Louis Rößler.

Halle (Saale), Reilstr 25, den 21 September 1921.

Die Beerdigung findet Montag 2½ Uhr von der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt. Freundlich zugedachte Blumenspenden an Reilstr 25, pt., erbeten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210922-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. September 1921.

Produktivgenossenschaft.

Die Maschinen wachsen der Arbeit entgegen.

Im Hause der Produktiv-Genossenschaft wird der emsige Fleiß zur Fieberhaftigkeit. Dem äußeren Aufbau des Heims der revolutionären Arbeiterschaft folgt der innere Ausbau im lebhaften Schritt, um das Gebäude zu einer Stätte der Arbeit zu machen. Soeben beginnen die Monteure mit dem Aufbau der Stereotypie, das ist der Teil des Betriebes, in dem von den flachen Platten des durch die Setzmaschinen hergestellten Satzes ein runder Abguß für den Druck in der Rotationsmaschine hergestellt wird. Die Apparate müssen unter erheblichen Schwierigkeiten in den im zweiten Geschoß gelegenen Stereotypieraum geschafft werden. Der rastlosen Arbeit geschulter Fachleute wird es jedoch gelingen, den Aufbau in einem Zeitraum von höchstens drei Wochen zu vollenden. Die kleine Rotationsmaschine, mit der 16 Seiten gedruckt werden können, steht bereits zur Hälfte; sie wird in wenigen Tagen betriebsfertig sein. Mit der Aufrichtung der für 32 Seiten berechneten Rotationsmaschine und der Setzmaschinen wird in Kürze begonnen.

Genosse, arbeite auch Du mit am großen Werke der mitteldeutschen Arbeiterschaft, wie das vielfausend fleißige Hände getan haben, noch tun und immer tun werden, solange der Wille zur Klassenkampf und zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft lebt! Arbeite auf Deine Art: Zeichne sofort Deinen Anteil, Genosse, wenn Du noch nicht gezeichnet hast! Wird neue Mitglieder für die Produktiv-Genossenschaft, wenn Du selbst Deine Pflicht schon restlos getan!

„Wohnungsfürsorge".

Die Wohnungsbeschlagnahme kann jetzt durch Geldzahlung abgelöst werden.

Der Reichsarbeitsminister hat an die ihm unterstellten Landesregierungen ein Rundschreiben über „Ablösung der Wohnungsbeschlagnahme durch Geldzahlung gerichtet, das für die Arbeiterschaft von ungeheurer Bedeutung ist. Zeigt sich doch hier, daß der kapitalistische Staat auch das wenige, was er zur Linderung der Wohnungsnot auf dem Papier dekretiert hat, dadurch wieder illusorisch machen will, daß er es den einzelnen Gemeinden überläßt, gesetzliche Wohnungsbeschlagnahme durch Geldzahlung abzulösen.

In dem betreffenden Rundschreiben heißt es an der entscheidenden Stelle:

Es müsse unterschieden werden, ob eine Gemeinde auf Grund der Wohnungsmangelverordnung vom 11. März 1920 zur Beschlagnahme unbenutzter und benutzter Wohnungen sowie zu sonstigen Maßnahmen zur Erfassung und Erhaltung des vorhandenen Wohnraums ermächtigt oder verpflichtet worden sei. Sei sie nur ermächtigt worden, so bleibe es der Gemeinde überlassen, ob sie im Einzelfalle zur Beschlagnahme schreiten wolle oder nicht; sie dürfte also auch berechtigt sein, von der Wohnungsbeschlagnahme oder sonstigen Maßnahmen abzusehen, wenn der **Verfügungsberechtigte** (der Wohnungsinhaber) **einen entsprechenden Geldbetrag zur Herstellung neuer Wohnräume zahlt.**

Das ist die Wohnungsfürsorge des kapitalistischen Staates in der Praxis. Den Behörden stand ja das Recht der Wohnungsbeschlagnahme schon seit langer Zeit zu, nur wurde dieses Recht in den allerseltensten Fällen auch wirklich angewandt. Wenn die Behörden energisch durchgegriffen hätten, wäre die Wohnungsnot längst, wenn auch nicht überwunden, so doch stark gemildert worden. Und gerade Halle bietet Gelegenheit genug, einmal darüber nachzudenken, was die städtischen Behörden zur Linderung der Wohnungsnot, besonders aber in der Frage der Beschlagnahme von großen Wohnungen, getan haben. In Halle sind allein fast 10 000 Wohnungssuchende, die Tag für Tag nach dem Wohnungsamt laufen und entweder mit leeren Versprechungen oder bureaukratischem Achselzucken abgefeist werden. Diese 10 000 Wohnungslosen werden nicht wenig über das „soziale" Vorgehen der Regierung entzückt sein, das ja nunmehr den Gemeinden, die keine klassenbewußte Arbeitermehrheit haben, über die Verlegenheiten der Wohnungsbeschlagnahme hinweghilft. In Zukunft werden sich diese Gemeinden, wenn es wieder leerstehende Wohnungen gibt, ausdrücklich auf die Regierung berufen. In den Gemeinden aber, in denen eine sozialistische Mehrheit besteht, werden diese Inhaber von Luxuswohnungen wieder den Regierungserlaß vorschieben und sich eventl. bereit erklären, durch eine Geldzahlung sich von der Beschlagnahme loszukaufen. Das ist die Wohnungsfürsorge des kapitalistischen Staates in der Praxis!

Eine Kriegs-„Denk"-münze.

Nach Artikel 109 der Reichsverfassung dürfen Orden und Ehrenzeichen vom Staat nicht verliehen werden. Der Kyffhäuser-Bund war kürzlich an die Reichsregierung herangetreten, den Teilnehmern am Weltmorden eine Kriegs-„Denk"-münze zu verleihen. Der „demokratische" Reichsregierung ging dieser Wunsch wahrscheinlich doch zu weit und lehnte den Antrag ab. Nunmehr ist der Kyffhäuser-Bund selbst dazu übergegangen, anläßlich des 25. Geburtstages der Einweihung des Kyffhäuser-Denkmals, ein Kriegsdenkmünze für alle seine Mitglieder anzufertigen, die als Frontkämpfer, Etappenhengste oder als Durchhaltschreier in der Heimat an dem Weltmorden teilgenommen haben. Der Reichsminister des Innern hat zu der Stiftung dieser Kriegsdenkmünze bereits sein Einverständnis gegeben. Weil Orden und Ehrenzeichen vom Staate nicht mehr verliehen werden dürfen, läßt der Staat jetzt Kriegsdenkmünzen (das sind keine Ehrenzeichen) von einer verkappten Organisation verleihen! In den bürgerlichen Blättern lesen wir folgende Notiz:

„**Die deutsche Kriegsdenkmünze 1914/1918.** Der Kyffhäuser-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände, dem rund drei Millionen ehemalige Soldaten angehören, hat eine Denkmünze für die Kriegsteilnehmer 1914/18 gestiftet. Der Entwurf der Denkmünze stammt von Professor Holäus (Berlin). Anträge zur Verleihung der Kriegsdenkmünze sind an die örtlichen Kriegervereine zu richten."

Wäre es nicht anaehrachter, die in Not und Elend lebenden Kriegsinvaliden oder deren Angehörige zu unterstützen. Steht dem Kyffhäuser-Bund nicht die Schande ins Gesicht, noch „Denk"münzen aus Anlaß jener schmachvollen Periode im geschichtlichen Lauf der Menschheit zu verteilen. Leider hat ein großer Teil des deutschen Volkes schon wieder die furchtbaren Stunden, Tage und Jahre vergessen, die es von 1914 bis 1918 durchzumachen hatte. Diese „Denk"-münze müßte eigentlich genügt haben, um allen Menschen die Augen zu öffnen.

---

* **Der Lichtbildzwang für Eisenbahnzeitkarten,** der überall vom 1. Oktober in Kraft treten soll, findet, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, für die Station Halle und auch für Merseburg keine Anwendung. Dagegen soll auf anderen Stationen des Bezirks die Verordnung am 1. Oktober in Kraft treten.

* **Unterstützt die Genossenschaft!** Die Weißenfelser Schuhgenossenschaft empfiehlt in reicher Auswahl den Gewerkschaftsmitgliedern von Halle und Umgebung, Damen-, Herren- und Kinderstiefel in schwarz und braun, sowie Arbeitsstiefel in nur guter Lederausführung zu Fabrikpreisen. Verkaufsstelle bei Fran Bachmann, Halle, Thomasiusstraße 47, 3 Treppen. Ausweis: Mitgliedsbuch.

* **Wer kennt den Toten?** Am Sonntag wurde an der Weinedschen Mühle eine unbekannte männliche Leiche aus der Saale gelandet. Beschreibung: 1,66 Meter groß, mittlere Gestalt, dunkelbraune kurzgeschnittene Haare, dunkler gefärbter Schnurrbart und blaue Augen. Kleidung: Umgenähnerte Stiefel, dunkelblaue Hose, graue baumwollene Strümpfe, schwarze Schnürschuhe, blaugestreifte helle Hosenträger, Leibriemen und weißes Leinenhemd ohne Zeichen. Der Tote, der ein blaues Taschentuch mit weißer Kante bei sich trug, ist entweder auf dem rechten Auge blind oder am Star operiert worden. Wer über den Toten Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 20 oder 78, zu melden, wo ein Lichtbild des Toten ausliegt.

* **Kommunistische Kindergruppe.** Die Delegierten zur Reichskonferenz der Kindergruppenleiter treffen sich Freitag, den 23. September, nachmittags 4 Uhr am Bahnhof. Für die Kinder findet in absehbarer Zeit eine Kinderkonferenz statt. Wir bitten die Kinder, sich bis dahin zu gedulden.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr, gelangt die Oper „Figaros Hochzeit" von Mozart zur Aufführung. Freitag wird der lustige Schwank „Zwangseinquartierung" zum ersten Male wiederholt. Sonnabend: „Siegfried". Sonntag nachmittag geht als Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Hannes Himmelfahrt" von Gerhard Hauptmann. Musik von Marschalk, in Szene. Sonntag abend: „Figaros Hochzeit."

* **Landesanstalt für Vorgeschichte (Provinzialmuseum).** Das Jahreslustspiel, der Herbst-Ernte-Jahrmarkt, findet am Sonntag, dem 25. September, vormittags 11 und nachmittags 4 Uhr statt. Kartenverkauf beim Museumshausmeister (Eingang Richard-Wagner-Straße) Freitag und Sonnabend von 7 bis 1 Uhr. Die Ausstellungsräume sind am Sonntag nicht zugänglich.

Der Streik der Kinomusiker geht weiter!

Arbeitskollegen und -kolleginnen! Uebt Solidarität!

---

* **Berichtigung.** In der gestrigen Notiz: „Alles für die Deutschnationale Volkspartei" hat der Satyselterteufel etwas gar zu arg gehaust. Aus dem Professor Legius hat er einen Professor Sexius gemacht und außerdem eine Satyrstellung vorgenommen, die sinnentstellend ist. Von dem Satz: „Ihr Spruch . . ." muß es richtig heißen: „Nur Spruch ist Per omnia gloria Dei (alles zur Ehre Gottes)". So hätte man einen gefunden. Der weißgardistische Professor hat sicher mit dieser Auslassung die Absicht verfolgt, den Mordbuben . . ."

* **Ein Zimmer gesucht.** Für eine Genossin mit einem 10jährigen Kinde, deren Mann anläßlich der Märzaktion flüchtig ist, wird sofort ein Zimmer mit oder ohne Möbliar gesucht. Angebote an das Rote Hilfe-Komitee, Lerchenfeldstraße 14, II.

* **Eine Schaufensterscheibe** im Werte von 4000 Mk. wurde in der vergangenen Nacht von einer angetrunkenen Person in der Magdeburger Straße zertrümmert. — Ob er tatendurstige junge Mann sich auch heute noch über diese Tat freuen wird? Wenn er Geld genug hat, wird es ihm nichts ausmachen.

Ammendorf. Für Sowjet-Rußland. Am 19. September wurde unser Genosse Hoffmann, der längere Zeit hinter Gefängnismauern unschuldig schmachten mußte, von seinen Parteifreunden und dem Arbeiter-Gesangverein herzlich begrüßt. Die Veranstaltung, an der der Arbeiter-Gesangverein und die Dramatische Abteilung teilnahmen, brachte einen ansehnlichen Ueberschuß. Dem Komitee „Russenhilfe" wurden 700 Mk. überwiesen. In den nächsten Wochen sollen für die „Russenhilfe" weitere Veranstaltungen und Sammlungen stattfinden.

Aus der Provinz.

Die Ueberfüllung der Personenwagen vierter Klasse.

Je mehr die Eisenbahnpreise in die Höhe klettern, desto stärker wird die Abwanderung der Reisenden in die 4. Wagenklasse, deshalb mehr wird diese überfüllt. Der Ausdruck „überfüllt" genügt eigentlich schon nicht mehr; meist sind die Leute in den Personenwagen wie Heringe zusammengepfercht. Eine Reise in der 4. Wagenklasse ist heutzutage wirklich nicht schön zu nennen; die Gesundheit leidet und die Kleidungsstücke werden bei dem unvermeidlichen Schieben und Drängen auch nicht besser. Deshalb mehr muß von der Eisenbahnverwaltung die vermehrte Bereitstellung von Wagen 4. Klasse gefordert werden. Sind diese nicht vorhanden, dann müssen eben Wagen 3. Klasse als solche 4. Klasse eingestellt werden, wie es bei „besonderen" Anlässen ausnahmsweise bereits versucht worden ist. Es geht aber auf keinen Fall an, daß in der 4. Wagenklasse doppelt soviel Fahrgäste verstaut werden, als zulässig ist. Vielfach kann man bei Reisen die Beobachtung machen, daß selbst Schaffner die Leute noch in die Wagen hineinschieben, selbst wenn diese schon längst überfüllt sind. Proteste nützen nichts. Die Antwort lautet dann gewöhnlich: Wenn Sie nicht mitfahren wollen, bleiben Sie hier! Die Zustände sind unhaltbar und aufreizend, wenn man sieht, wie die Reisenden in der 1. und 2. Klasse sich behaglich räkeln in den Polster und mitunter ein ganzes Abteil für sich allein haben, während die 4. Klasse über und über vollgepfropft ist. Die „Revolution" des Jahres 1918 ist auch an dieser Einrichtung spurlos vorübergegangen; die Klasseneinteilung besteht noch wie früher im monarchischen Deutschland. Die kommende soziale Revolution muß auch hier mit dem ganzen alten Plunder aufräumen. Für heute fordern wir lediglich Abhilfe in der Fahrgelegenheit der minderbemittelten arbeitenden Bevölkerung, die durch die teuren Fahrpreise fast ausschließlich auf die Benutzung der 4. Klasse angewiesen ist. Hier muß eine Aenderung in der angedeuteten Weise sofort eintreten.

„Rote Hilfe."

Quittung der Bezirksleitung für eingegangene Beiträge.

Liste Nr. 22 857 (Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts", Passendorf) 80 Mk.; 22 856 (Vergnügen Gas- und Wasserwerk, Lorenz) 37,45 Mk.; 22 855 (Passendorf, Landgraf) 40 Mk.; 22 869 (Passendorf, Hartleb)" 113 Mk.; 22 715 (Könnern) 145,15 Mk.; 22 713 (Könnern) 245,50 Mk.; 23 818 (Bornstedt, Thorhaus) 269 Mk.; 23 319 (Bornstedt) 235 Mk.; 22 880 (Gutenberg, Scupt) 81 Mk.; 22 887 (Röbenkeller Trotha) 79,80 Mk.; 22 582 (Stammtisch „Freiheit") 28 Mk.; 22 833 (Könnern, Fr. Fiedler) 60,15 Mk.; 22 696 (Benndorf) 175 Mk.; 22 871 (Grimm und Genossen) 214,60 Mk.; 18 280 (Löben) 52 Mk.; 22 706 (Löben) 108 Mk.; 23 054 (Roßleben, Abteilung Fabrik) 184,50 Mk.; 23 062 (Roßleben) 188 Mk.; 22 865 (Metallarbeiter-Sträuchen in Gietz) 500 Mk.; 22 599 (Nietleben) 69 Mk.; 22 598 (Nietleben) 40 Mk.; 22 597 (Nietleben) 118 Mk.; 22 844 (Nietleben) 71 Mk.; 22 843 (Nietleben) 25 Mk.

Sammlungen: Wasserfahrt, Lotterieverein (Kreine) 50 Mark; Verein „Erholung", Querfurt 50 Mk.; Frau Mäßler, Brehna 10 Mk.; Arbeiter-Sport- und Bildungsverein Hohenleipisch 250 Mk.; Mösslich-Tornau 100 Mk.; Siedlungsbau Merseburg 18 Mk.; H. Schl. 50 Mk.; Emma Bachmann, Halle 10 Mk.; Versammlung Greppin 100 Mk.; Piesteritz, gesammelt 24,10 Mk.; Frau Mäßler, Brehna 5 Mk.; Verband der Maler, Bitterfeld 71 Mk.; Ortsgruppe Dürrenberg, Extratanztour 37 Mk.; Arbeiter der Deutschen Tonwarenfabrik, Dommitzsch 153 Mk.; Ungenannt 20 Mk.; Belegschaft Hohenzollernhütte, Roßleben 120 Mk.; Versammlung Querfurt 70 Mk.; Oeffentliche Versammlung Schönewerda 24,75 Mk.; Listensammlung Seeben 27 Mk.; Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität", Zwintschöna 100 Mk.; Kinderfest Passendorf 244,35 Mk.; A. G. 25 Mk.; Gewerkschaftskartell Artern 200 Mk.; Geburtstag (Gen. Mucke bei Bachmann) 23,50 Mk.; Arbeiter-Radfahrer, Morl 81 Mk.; Kleintierzüchterverein Frankleben und Umgegend 100 Mk.; Krosigk, Leitungsvertrieb 80,40 Mk.; Kaltenmark (Peter) 66 Mk.; Genosse Gödel 10 Mk.; Freie Theater- und Mandolinenvereinigung Halle 21 Mk.; Tollwitz 10 Mk.; Otto Hanisch, Roßleben 50 Mk.; Ungenannt 10 Mk.; Mitglieder der Versammlung Wieske 52 Mk.; Mitglieder der Versammlung Lodersleben 58 Mk.; Oeffentliche Versammlung Seeben 55 Mk.; Ortskartell Naumdorf 1019,30 Mk.; Erste Weißenfelser Genossenschaftsschuhfabrik 1000 Mk.

Karten: Reimann 50 Mk.; Nietleben 200 Mk.; Dürrenberg 186 Mk.; Zwintschöna 70 Mk.; M. Pleul 50 Mk.; Piesteritz 278 Mk.; Bad Schmiedeberg 128 Mk.; Seeben 50 Mk.

Wittenberg. Kammermusikabend des Bildungsausschusses. Am Freitag, dem 23. September, abends 8 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuß der KPD. im Balzerschen Lokal einen Bildungsabend in Form eines Kammermusikabends. Den drei Künstlern, welche zu diesem Abend verpflichtet sind, geht ein guter Ruf voraus, so daß der Abend in jeder Hinsicht etwas Gutes bieten wird. Zum Vortrage gelangen Kompositionen von Haydn, Beethoven und Mozart. Der Eintrittspreis beträgt 8 Mk. Da die Nachfrage eine sehr starke ist, ist es ratsam, die Karten im Vorverkauf zu nehmen. Der Vorverkauf findet statt: im Konsum, Adlerstraße 1 und in den Zigarrengeschäften Franz Schmidt, Coswiger Straße und Otto Meußel, Kollegienstraße.

— Falsche 50-Mark-Scheine. In den letzten Tagen sind an verschiedenen Stellen unserer Stadt falsche 50-Mark-Scheine in Zahlung gegeben worden. Die falschen 50-Mark-Scheine (mit dem Datum vom 24. 6. 1919) unterscheiden sich von den echten vor allem dadurch, daß die auf der Vorderseite befindlichen beiden Stempel sowie die Unterschriften des Reichsbank-Direktoriums eine blaue Farbe aufweisen und verschwommen sind, während diese auf den echten Scheinen violett und viel klarer sind. Die Falschstücke tragen eine Reihennummer 1 und eine Stücknummer 820 663.

Schkeuditz. „Bergmannswohl". Wie in allen Heilanstalten, so sind auch die Zustände in der Unfall-Nervenheilanstalt „Bergmannswohl" bei Schkeuditz, nach der die Landesversicherungen und Krankenkassen ihre Nervenkranken abschieben, geradezu traurig. Das Pflegepersonal der großen Anstalt besteht in den besten Zeiten aus vier, gegenwärtig aus zwei Mann, abgesehen von der völlig überlasteten Schwester. Daß von diesem „Pflegepersonal" eine ausreichend gründliche Beschäftigung mit den Kranken, ja nicht einmal genügende Sauberkeit gefordert werden kann, liegt auf der Hand. Der größte Mißstand liegt jedoch in der Verpflegung. Sie ist so unzulänglich, daß eine Heilung und Erholung unmöglich gemacht wird. Bei Beschwerden weist der Direktor, Prof. Dr. Quensel aus Leipzig, gewöhnlich darauf hin, daß bei vielen Patienten Gewichtszunahmen zu verzeichnen seien, was auf reichliche Verpflegung schließen lasse. Der Direktor vergißt jedoch, daß die Kranken, da ihnen an baldiger Genesung liegt, gezwungen sind, sich Lebensmittel von Daheim senden zu lassen, eben weil sie nicht satt werden und sich nicht umsonst in den ungastlichen Räumen der Heilanstalt herumdrücken wollen. Eine etwaige Gewichtszunahme Einzelner ist also wahrlich nicht das Verdienst der sehr mageren Anstaltsküche. Leider lassen die Patienten, des häufigen Wechsels wegen, ihr durch Wahl von Vertrauensleuten geschaffenes Vertretungsorgan immer wieder einschlafen. Bei jeder Neuwahl, die gewöhnlich erst dann geschieht, wenn die Zustände wieder einmal völlig unhaltbar geworden sind, heben die Vertrauensleute neue Kämpfe mit dem Professor Quensel zu führen, der sie „nicht anerkennen" will. Bei jeder neuen Vorstellung des „Betriebsrates" tut der Direktor so, als hätte es bei ihm wie anderswo niemals etwas Aehnliches, geschwiege denn den Ansatz einer Revolution gegeben. Weil die Vertrauensleute sich gewöhnlich einschüchtern lassen, geht es noch wie in der „guten, alten Zeit"; zwei Aerzte (einer für die Männer, der andere für die Frauen) haben nichts zu sagen und verrichten ihre Arbeit, ein Professor aus Leipzig kommt, besieht, macht Rentenkranke gesund und geht wieder; eine Küchenallmächtige kocht, alle Klagen hohnlächelnd abweisend, für Viele schlechtes, für Wenige gutes Essen; irgendeine Versicherungsstelle zahlt, viel zu wenig, was für die Kranken auf eins herauskommt. Eine Aenderung kann nur herbeigeführt werden, wenn alle Kranken gemeinsam die nötigen Schritte unternehmen.

Halberstadt. Aus der Zeit der Soldatenräte handelt nachstehende Notiz, die wir in den bürgerlichen Zeitungen finden: „Wenn der Soldatenrat kommt. Der Maler Franz Madson von hier war in einem Krefelder Lazarett 1919 Soldatenrat. Beim Revidieren eines Marketenderwagens griff er einen vorstehenden Soldaten, der ihm den Eintritt verweigerte, an, warf ihn heftete und entwaffnete ihn. Ebenso verfuhr er mit einigen anderen zur Unterstützung herbeigerufenen Wachtleuten. Das Kriegsgericht der 7. Division hatte ihn dafür zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Das war Madson zu hoch, er legte Berufung ein und kam jetzt vor der Strafkammer Halberstadt mit drei Monaten Gefängnis davon." Ja, wenn der Soldatenrat kommt! Diese Spitzmarke besagt sehr viel. Man muß sich dabei in den Gedankengang der Spießbürger hineinversetzen können. Sie bekommen eine Wut, wenn sie an die damalige Zeit erinnert werden. Na, vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, die eine neue, bessere Auflage des 9. November bringt!

Stendal. Stadtverordnetenwahlen. Am Sonntag fanden hier die Stadtverordnetenwahlen statt. Die Rechtssozialisten haben Verluste zu verzeichnen. Die Bürgerlichen erhielten 18 Sitze, die Mehrheitssozialisten 17, die Kommunisten 1 Sitz.

Mansfelder Kreise.

Eisleben. Eine Kreistagssitzung des Mansfelder Seekreises findet am Donnerstag, dem 6. Oktober, vormittags 9 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Festsetzung des Haushaltsplanes der Kreiskommunalkasse für das Rechnungsjahr 1921/22; Erstattung eines Gutachtens über die Eingemeindung der Gutsbezirke Aßleben, Gerbstedt und Schraplau in die gleichnamigen Stadtbezirke. Neuwahl der Amtsvorsteher für die Bezirke Beesenstedt, Helfta, Höhnstedt, Belleben, Fienstedt, Seeburg, Wimmelburg und der Amtsvorsteher-Stellvertreter für die Bezirke Beesenstedt, Gerbstedt, Heiligenthal, Helfta, Langenbogen, Neehausen, Polleben, Rottelsdorf, Seeburg, Siedten, Wimmelburg, Zappendorf, Erdeborn. Wahl von Vertrauensmännern für die Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen. Wahl zweier Kreisvertreter in den Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Mansfelder Land an Stelle der ausgeschiedenen Kreistagsabgeordneten Märker und Träger. Aufnahme einer Anleihe bis zu 1½ Millionen Mark zur Gewährung von Baudarlehen an diejenigen Gemeinden, in denen ohne Zuschüsse von Industrie und Landwirtschaft Wohnhäuser errichtet werden, und Wahl einer Kommission für Siedlungssachen. Uebernahme weiterer 500 Aktien der Niederlandszentrale Mansfelder Seekreis. Aufnahme einer Anleihe für den Häuserbau zur Unterbringung der Schutzpolizei. Beschlußfassung über den Ausbau einer neuen Straße Oberröblingen—Aseleben (Seebeckenstraße).

Helbra. Eine „feine" Nummer ist der aus den Sondergerichtsverhandlungen her bekannte Herr Franz Schäxler, der damals in Torgau sich die größte Mühe gegeben hatte, unsere Genossen auf lange Zeit ins Zuchthaus zu bringen. Dort hatte dieser saubere Mann steif und fest behauptet, daß in den von Kommunisten getragenen Sächen sich Gewehre befunden hätten, und im übrigen war er der Meinung, daß die „ganze rote Bande" aus lauter Diebesgesindel bestehe. Jetzt ist dieser selbe Mann ebenfalls mit einem Sack in der Hand erwischt worden, in dem sich zwar keine Gewehre, aber Dreibiertelzentner gestohlene Gravensteiner Aepfel befunden hatten. Schau, schau! Er, der sich immer als staatserhaltenes Element gefühlt hatte und die anderen denunzierte, wenn sie für die Freiheit des Volkes eintraten, als Dieb! Eingeweihte wußten längst Bescheid, was mit dem Manne los war. Während der Märzaktion war er furchtbar feige; desto mehr „beobachtete" er seine Klassengenossen, um sie dann vor dem Sondergericht zu denunzieren. Wir haben für solche Kreaturen nur die tiefste Verachtung übrig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210922-15/fragment/page=0005

Leben - Wissen - Kunst

Drei Menschen.

Roman von Maxim Gorki.

4

Unter den Geschworenen sah Ilja noch zwei bekannte Gesichter. Hinter Petrucha saß der Bauunternehmer Silatschew, ein großer Mann mit langen Armen und einem kleinen, grimmig dreinschauenden Gesicht, ein Freund Filimonows, der immer mit ihm Puff spielte. Von Silatschew hieß es, er habe einmal auf dem Bau mit seinem Polier sich gezankt und letzteren vom Gerüst gestoßen, was den Tod des Poliers herbeigeführt habe. Und in der ersten Reihe, zwei Plätze von Petrucha entfernt, saß Dodonow, der Inhaber eines Engrosgeschäfts in Galanteriewaren, einer von Iljas Lieferanten, der schon zweimal Bankrott gemacht und seine Gläubiger mit zehn Prozent abgefunden hatte.

„Zeuge! Wann haben Sie gesehen, daß Anissimows Haus brannte? . . ."

„H—u . . . iju . . . ju . . . ju," kreischte das Luftfenster, und auch in Iljas Herzen tönte es wie ein dumpfes Kreischen.

„Der Dummkopf!" flüsterte leise irgend jemand in Iljas Nähe. Ilja wandte sich um und erblickte dicht neben sich den kleinen schwarzen Menschen, der ihn draußen vor dem Gerichtsgebäude angesprochen hatte.

„Ein Dummkopf ist's!" wiederholte er, nickte Ilja mit dem Kopfe zu und verzog geringschätzig den Mund.

„Wer ist ein Dummkopf?" fragte Ilja.

„Der Angeklagte . . . Hatte eine so schöne Gelegenheit, den Zeugen zu widerlegen — und hat sie verpaßt! Ich hätt' ihm . . . äh!"

Ilja warf einen Blick auf den Arrestanten. Es war ein hochgewachsener Bauer, knochig, mit eckigem Kopfe. Sein Gesicht war finster, erschrocken, und er fletschte die Zähne wie ein müder, verprügelter Hund, der sich, von bösen Gegnern umgeben, in eine Ecke drückt und nicht mehr die Kraft hat, sich zu verteidigen. Stumpfe, tierische Furcht prägte sich in diesem Gesicht aus. Petrucha aber, Silatschew, Dodonow und die anderen schauten ruhig, mit satten Augen auf ihn. Es schien Lunew, daß sie alle einig waren in dem Gedanken:

„Hast dich erwischen lassen — also bist du schuldig . . ."

„Es ist langweilig," flüsterte der Nachbar Ilja zu. „Eine uninteressante Sache . . . Der Angeklagte ist dumm, der Staatsanwalt — eine Schlafmütze und die Zeugen — Tölpel, wie immer. Wenn ich so Staatsanwalt wäre — ich hätt' ihn in zehn Minuten verpeitt . . ."

„Ist er denn schuldig?" fragte Lunew, während ein frostiger Schauer ihn überlief.

„Ich glaube . . . kaum — aber verurteilen kann man ihn . . . Er versteht es nicht, sich zu verteidigen. Die Bauern verstehen das überhaupt nicht. Ein zu dämliches Volk! Lauter Knochen und Fleisch — aber Verstand, Fixigkeit: nicht die Spur!"

„Das stimmt . . . Ja—a!"

„Haben Sie ein Zwanzigkopekenstück?"

„Ja . . ."

„Geben Sie mir's . . ."

Ilja zog seinen Geldbeutel hervor und gab ihm das Geldstück, noch bevor er's recht überlegt hatte, ob er es geben sollte oder nicht. Und als er es bereits fortgegeben hatte, dachte er, indem er seinen Nachbar mit unwillkürlicher Achtung von der Seite ansah:

„Der versteht's! . . . So muß man's machen: einfach die andern überfallen! . . ."

„Ein Dummerjan, nichts weiter!" flüsterte der Schwarze wieder, mit den Augen nach dem Angeklagten blinzelnd.

„Sj—ss—st!" zischte der Gerichtsdiener.

„Meine Herren Geschworenen!" begann der Staatsanwalt mit sanfter, doch dabei eindringlicher Stimme. „Betrachten Sie einmal das Gesicht dieses Menschen — es ist beredter als die Aussagen der Zeugen, durch welche die Schuld des Angeklagten unwiderleglich festgestellt ist . . . äh, äh . . . Dieses Gesicht muß uns mit Notwendigkeit davon überzeugen, daß vor uns ein typischer Verbrecher, ein Feind der gesetzlichen Ordnung, ein Feind der Gesellschaft steht . . ."

Der Feind der Gesellschaft saß zwar, aber es muß ihm wohl unschicklich erschienen sein, zu sitzen, während von ihm behauptet wurde, daß er stehe — und so erhob er sich langsam, mit gesenktem Kopfe. Seine Arme hingen kraftlos am Rumpfe herunter, und die ganze lange, graue Gestalt beugte sich vor, als wenn er sich vorbereitete, in den Schlund der Gerechtigkeit unterzutauchen . . .

Auch Lunew senkte den Kopf. Es war ihm so bang, so beklommen ums Herz, und in seinem Schädel wälzten sich langsam und schwer unförmliche Gedanken, für die er keinen Ausdruck fand, die einander widerstritten und ihn bedrückten. Das rote, ruhige Gesicht Petruchas schimmerte durch diese Gedanken hindurch, wie der Mond durch die Wolken.

Als Gromow die Unterbrechung der Sitzung ankündigte, ging Ilja mit dem schwarzen Kerlchen zusammen auf den Korridor hinaus. Der Schwarze zog aus der Tasche seines Jackets eine zerdrückte Zigarette, glättete sie mit den Fingern und sagte:

„Er beteuert in einem fort, der dumme Kerl, daß er das Haus nicht angezündet hat. Aber hier hilft kein Beteuern, hier heißt's gleich: die Hosen runter — und setze drauf feuern . . . Ha ha! Wir sind hier gestrenge Herren! Ob du dem Krämer die Bude ausgeräuchert hast, oder ein anderer — darauf kommt's nicht an. Sondern darauf kommt's an, daß überhaupt gestraft wird! . . . Haben sie dich gefaßt — wirst du eben verurteilt! . . ."

„Ist er also schuldig oder nicht? Was meinen Sie?" fragte Ilja nachdenklich.

„Gewiß ist er schuldig, denn er ist eben — dumm. Kluge Leute pflegen nicht schuldig zu sein," schwatzte der Kleine in seiner sicheren, raschen Weise, während er forsch seine Zigarette paffte. Seine Aeuglein waren klein und schwarz, wie bei einer Maus, und auch seine kleinen, spitzen Zähne erinnerten an ein Mäuschen.

„Unter den Geschworenen sitzen hier Leute . . ." begann Ilja schwerfällig.

„Kaufleute meistenteils," fiel der Schwarze ihm ins Wort.

„Ganz recht, Kaufleute," sprach Ilja und sah ihn an. „Einige davon kenn' ich . . ."

„Aha! . . ."

„Böse Brüder . . . wenn man die Wahrheit sagen soll . . ."

„Gleichfalls Diebe," meinte sein Partner. Er sprach ganz laut, ohne sich irgendeinen Zwang aufzuerlegen. Als er seine Zigarette ausgeraucht hatte, spitzte er den Mund, begann zu pfeifen und guckte alle Leute mit seinen frechen kleinen Augen an, während alles an ihm, jedes kleinste Knöchelchen, wie in hungriger Unruhe zuckte.

„Das kann schon sein," fuhr er in seinen Ausführungen fort. „Ueberhaupt ist die ganze sogenannte Justiz in den meisten Fällen nichts weiter als eine Art Komödie . . . von ganz leichter Art. Die satten Leute vertreiben sich damit die Zeit, die hungrigen Leute von ihren bösen Neigungen zu kurieren . . . Ich war schon sehr oft bei Verhandlungen — aber ich hab's noch nie erlebt, daß die Hungrigen über einen Satten zu Gericht gesessen hätten . . . Und wenn die Satten einen Satten verurteilen, dann geschieht's höchstens wegen gar zu großer Gier . . . Sollst nicht alles für dich nehmen, sollst auch uns was lassen . . ."

„Man sagt ja auch: Der Satte kann den Hungrigen nicht verstehen," bemerkte Ilja.

„Unsinn!" versetzte der Schwarze. „Ausgezeichnet versteht er ihn . . . Darum ist er auch so streng! . . ."

„Ich will nichts dagegen sagen, wenn einer satt und ehrbar ist," sagte Ilja halblaut, „aber wenn er satt ist und ein Schuft dazu — wie kann er dann einen Menschen richten?"

„Die Schufte sind die strengsten Richter," versetzte das schwarze Kerlchen ruhig. „Na, kommen Sie — wir wollen uns jetzt die Diebstahlsgeschichte anhören . . ."

„Die Angeklagte kenn' ich," sagte Lunew leise.

„Ah!" rief das Kerlchen und musterte Ilja mit einem raschen Blick. „Wir wollen uns mal Ihre Bekannte ansehen . . ."

In Iljas Kopf war es wirr und wüst. Er hätte den flinken kleinen Kerl, dem die Worte so glatt über die Lippen rollten wie Erbsen aus dem Sack, gern noch manches gefragt, aber es war etwas Unangenehmes, Beängstigendes in dem ganzen Wesen dieses Menschen, das Lunew zurückschreckte. Zugleich drückte die Vorstellung, daß Petrucha hier als Richter sitzen konnte, alles andere in ihm nieder. Diese Vorstellung legte sich gleichsam wie ein eiserner Ring um sein Herz und beengte darin den Raum für alles andere . . .

Als er an die Saaltür kam, bemerkte er davor in der Menge den kräftigen Nacken und die kleinen Ohren Pawel Gratschews. Er war erfreut, ihn zu sehen, zupfte ihn am Aermel seines Paletots und verzog den Mund zu einem breiten Lächeln. Auch Pawel lächelte, aber man sah es ihm an, daß er sich dazu zwang.

„Guten Morgen!"

„Guten Morgen!"

Sie standen ein paar Sekunden lang einander schweigend gegenüber. (Fortsetzung folgt.)

Die Wanderratten.

Von H. Heine.

Es gibt zwei Sorten Ratten:
Die hungrigen und fatten.
Die satten bleiben vergnügt zu Haus,
Die hungrigen aber wandern aus.

Sie wandern viel' tausend Meilen,
Ganz ohne Rasten und Weilen,
Gradaus in ihrem grimmigen Lauf,
Nicht Wind noch Wetter hält sie auf.

Sie klimmen wohl über die Höhen,
Sie schwimmen wohl durch die Seen;
Gar manche ersäuft oder bricht das Genick,
Die lebenden lassen die toten zurück.

Es haben diese Kätze
Gar fürchterliche Schnätze;
Sie tragen die Köpfe geschoren egal,
Ganz radikal, ganz rattenkahl.

Die radikale Rotte
Weiß nichts von einem Gotte,
Sie lassen nicht taufen ihre Brut,
Die Weiber sind Gemeindegut.

Der sinnliche Rattenhaufen,
Er will nur fressen und saufen.
Er denkt nicht, während er säuft und frißt,
Daß unsre Seele unsterblich ist.

So eine wilde Katze,
Die fürchtet nicht Hölle, nicht Katze;
Sie hat kein Gut, sie hat kein Geld,
Und wünscht aufs neue zu teilen die Welt.

Die Wanderratten, o wehe!
Sie sind schon in der Nähe.
Sie rücken heran, ich höre schon
Ihr Pfeifen, die Zahl ist Legion.

O weh! wir sind verloren.
Sie sind schon vor den Toren!
Der Bürgermeister und Senat,
Sie schütteln die Köpfe, und keiner weiß Rat.

Die Bürgerschaft greift zu den Waffen,
Die Glocken läuten die Pfaffen.
Gefährdet ist das Palladium
Des sittlichen Staats, das Eigentum.

Nicht Glockengeläute, nicht Pfaffengebete,
Nicht hochwohlweise Staatsdekrete.
Auch nicht Kanonen, viel' Hundertpfänder,
Sie helfen euch heute, ihr lieben Kinder!

Heut helfen euch nicht die Wortgespinste
Der abgelebten Redekünste.
Man fängt nicht Ratten mit Syllogismen,
Sie springen über die feinsten Sophismen.

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen.
Nur Argumente von Rinderbraten,
Begleitet mit Göttinger Wurst-Zitaten.

Ein schweigender Stockfisch, in Butter gesotten,
Behaget den radikalen Rotten
Viel besser, als ein Mirabeau
Und alle Redner seit Cicero.

Sollen die Staaten sterben?

Von Amicus.

Gumpliwicz sagt: „Die Staaten, sowie sie natürliche soziale Gruppen bilden, sind den unerbittlichen Naturgesetzen der Entwicklung und des Verschwindens unterworfen. . . . Die ganze Weltgeschichte, die universale Geschichte der Menschheit bezeugt die Wahrheit dieser Behauptung. Die Europäer bilden sich ein, daß ihre Staaten ewig dauern würden. Dies ist eine Probe von Naivität. Die heutigen Staaten verschwinden ebenso wie die Staaten des Altertums. . . . Es ist ein Gesetz."

Der berühmte österreichische Soziologe spricht von Naturgesetzen. Nun wissen wir aber, daß die Naturgesetze keine Ausnahme gestatten. Gäbe es nur eine einzige Ausnahme, so hätte man nicht mehr das Recht, von Gesetzen zu sprechen. Gewiß ist es wahr, daß einige Staaten des Altertums verschwanden, aber nicht alle. China lebt noch!

Außerdem starb kein Staat des Altertums an Altersschwäche; wenn einige umkamen, so muß man den Mord und den Selbstmord anschuldigen.

Aegypten, der älteste der Staaten des Altertums, Persien, Griechenland und Rom starben eines gewaltsamen Todes. Aber China lebt noch, obwohl es von grimmigen Feinden angegriffen wurde. Und warum existiert es noch? Weil es von allen Staaten der einzige war, welcher den Grundsatz proklamierte und befolgte: „Der Krieg ist das größte Verbrechen."

Im Altertum war der Krieg zwischen den Staaten die Regel und der Friede eine glückliche und seltene Ausnahme. Es ist daher nicht richtig, die Zukunft der jetzigen Staaten nach dem Schicksal der Staaten des Altertums zu beurteilen, denn heute ist der Friede die Regel und der Krieg die Ausnahme.

Das polnische Königreich ist verschwunden, es wurde nach dem Ausspruch Friedrich des Großen „durch drei alte Räuber vernichtet". Aber die polnische Nationalität existiert noch und zählt eine Bevölkerung von 28 Millionen Individuen.

Die Mongolen oder Tartaren, welche in Asien Pyramiden aus menschlichen Köpfen errichtet haben, versuchten während zweiundeinhalb Jahrhunderten, Rußland zu vernichten, aber sie wurden selbst unterworfen und unterjocht.

Kann unter diesen Umständen von „Naturgesetzen der Entwicklung und des Verschwindens der Staaten" gesprochen werden?

Nein.

Solange China, welches fast so alt als Aegypten, älter als Persien, Griechenland und Rom ist, existiert, wäre es voreilig zu bestätigen, daß es Naturgesetze für die Entwicklung und das Verschwinden der Staaten gibt.

Man kann im Gegenteil bestätigen, daß ein Staat, welcher ein normales Leben führt, der sich durch seine eigene Arbeit erhält und das Glück des Friedens genießt, imstande ist, ebenso lange zu existieren, als die Menschheit selbst.

Es gibt gar keinen Unterschied zwischen den Staaten und den Individuen, denn der Staat gleicht dem Menschen und die Föderation der Staaten, welche in absehbarer Zeit Tatsache ist, wird der Menschheit gleich sein.

Das proletarische Drama.

Zur Aufführung von Franz Jungs dreiaktigem Schauspiel „Wie lange noch" durch die proletarische Bühne des Arbeiter-Bildungsvereins Kröllwitz wird uns geschrieben:

Es mag wohl seinen Grund haben, daß die Meinungen über proletarische Kultur und Kunst heute, selbst in den Kreisen des Proletariats, die sich ernstlich damit befassen, so auseinandergehen. Es soll hier auch nicht unsere Aufgabe sein „werdendes Gewordenes", letztes Vollkommenes zu propagieren; denn daran kranken alle Diskussionen über proletarische Kultur und Kunst, daß sie die organische Entwicklung des menschlichen Geistes als nicht bestehend betrachten und schon erfüllte Kultur (die wir eben noch nicht haben) heute zur Tatsache werden lassen wollen; sondern unsere Aufgabe muß sein: Das im Zeitgeist Wurzelnde und im historischen Materialismus begründete Wirkliche zu erfassen, zu sammeln, zu gestalten und nutzbar zu machen dem proletarischen Kampfe um die Verwirklichung einer neuen Weltanschauung. Es soll nun hiermit nicht etwa gesagt sein, daß zukünftig Seiendes uns nicht berührt, nein, denn gerade unsere Zeit ist berufen wie keine andere, das Höchste, das Ziel: die kommunistische Gemeinschaft, die Vollendung des Menschlichen schlechthin, die endliche Einswerdung alles Bestehenden in der letzten Erfüllung zu ahnen, zu fühlen und zum Bewußtsein zu bringen. Unser ganzes Wirken geht natürlich diesem eben Gesagten entgegen, und unser ganzes Wollen schöpft unaufhörliche Aktivität aus der nie versiegbaren Produktivität des immer erkenntnisreicheren Geistes. — Unser Handeln aber ist der Weg zur Erfüllung. Der Weg aber führt über die soziale Revolution, die sich natürlich von der des Geistes nicht trennen darf, wenn sie fruchtbringend sein soll. Unser Gestalten und Formgeben ist lediglich der Anfang zu einer großen Kultur, deren endgültiges Antlitz wir nicht zu sehen vermögen; das zu bilden muß späteren Generationen überlassen bleiben, die heute Erstrebtes bereits als Seiendes besitzen.

Wenn sich heute nun allerorts proletarische Bühnen bilden, deren Darsteller Proletarier sind, so ist es wohl ohne weiteres klar, daß nur die Propagierung der kommunistischen Idee ihre Aufgabe sein kann. Die darzustellenden Stücke müssen von einer vorwärtsstrebenden, vorwärtsreißenden und vorwärtsrufenden Tendenz getragen sein. Ihr Thema wird meistens in der realen Gegenwart wurzeln müssen, kann aber auch symbolisch sein mit leicht erkennbarer Tendenz. Es wäre verfehlt, wollten die proletarischen Bühnen Werke von anerkannten Größen der Vergangenheit aufführen; denn wir müssen uns doch klar machen, daß die proletarische Bühne nur eine vorübergehende Einrichtung ist, die sich darum jetzt in den Dienst ausschließlich des revolutionären Proletariats stellen muß, weil die bürgerlichen Bühnen ängstlich alle politischtendenziösen Stücke meiden, und diese Werke, deren wir immerhin eine ganze Anzahl haben, mithin niemand zu Gesicht kämen.

Wir wissen wohl, daß zu einer einwandfrei künstlerischen Aufführung die Kräfte der proletarischen Darsteller, die durchweg Dilettanten sind, nicht ausreichen, ebenso die mangelhaften technischen Bühneneinrichtungen, die uns leider nur zur Verfügung stehen. Die guten Stücke von Hauptmann und Gorki z. B. führen die bürgerlichen Bühnen so gut auf, daß wir sie auf der proletarischen Bühne nicht verschlechtern wollen. Für solche Aufführungen sollen wir ruhig die bürgerlichen Bühnen in Anspruch nehmen. Hat erst einmal die proletarische Gesellschaft die staatliche Macht inne, so ist die Mission der proletarischen Bühnen erfüllt; dann werden wir die Berufsschauspieler und technisch vollkommeneren Bühnen für unsere Kulturbestrebungen in Anspruch nehmen.

*

Franz Jung ist einer der wenigen Schriftsteller unserer Zeit, die nicht „nur Schriftsteller", sondern vor allem aktive Kommunisten sind, die mitten im politischen Kampfe des Tages stehen.

„Wie lange noch" ist im Gefängnis entstanden und wahrscheinlich hat sich der Verfasser mit Paul, der Hauptfigur, selbst zeichnen wollen. Die Tendenz, die aus dem ganzen Stücke spricht, gipfelt in der Ansprache an das proletarische Publikum, zusammenzuhalten gegen die bürgerliche Welt, Gemütlichkeit zu pflegen, allen Opportunismus zu überwinden. Und als eine Stimme einwirft: Nut doch die Millionen, keiner wird dir folgen, da schreit er in den Saal hinein: „Nicht rufen mehr. Selber vorangehen. Wer's im Blut hat, wer endlich klar begriffen hat, daß wir rausstreten müssen und fordern und nicht mehr von der Stelle gehen, komme da wie's wolle, das ist kein Opfer, kein Sichabschlachtenlassen, das ist unser Leben, das müssen wir tun." Das ist der Höhepunkt des Stückes, das muß es jedem Proletarier, der im Zuschauerraum sitzt, klarwerden, was ihm not tut. Wohl ist noch einmal ein Rückschlag zu verzeichnen, als er von dem niedergeschlagenen Aufstande des Proletariats erfährt. Da bricht noch einmal sein Mut, aber da tritt auch sogleich seine eigene Stimme, das proletarische Gewissen in Gestalt eines Arbeiters (symbolisch), zu ihm hin, der ihn aufrichtet und auf seine Aufgabe, die er zu erfüllen hat, hinweist. Mit einem von tiefster Ueberzeugungskraft getragenen: „Ja und Dank, Kamerad!" schließt das Stück.

Nicht vom äußeren Erfolge gekrönt wird die Handlung des Stückes, wer das sehen und hören will, wird die Einheit und Abgeschlossenheit des Werkes nicht finden können; sondern der Sieg der kommunistischen Idee, trotz aller materiellen Schwierigkeiten, über das Einzel-Individuum, das ist der Triumph, und das ist auch der größere Sieg, der wichtiger ist als momentane materielle Erfolge.

Ueber die eigentliche Handlung ist nichts zu sagen, die ist ohne weiteres klar und leicht faßlich. Die Gegenüberstellung von proletarischer und bürgerlicher Moral ist sehr gut gezeichnet und ihre typischen Unterschiede sehr fein charakterisiert. Das kameradschaftlich sein sollende Verhältnis der beiden Geschlechter und ihre gemeinsame Aufgabe: Befreiung von dem bürgerlichen Joch, deutet er an. Auch den Unterschied zwischen dem nicht allein durch soziale Verhältnisse dazu getriebene Diebe und dem echten Proletarier gibt er gut wieder. Die Ausstattung ist ganz im Sinne der künstlerischen und politischen Tendenz gehalten. Auch hier soll sich neben der krassen Realität die innere Wandlung ausdrücken.

So ist diese Aufführung ein Ganzes und muß als Ganzes, als bewußte Ueberwindung des egoistischen, materialistischen Ichs neu lebt und gewertet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210922-15/fragment/page=0006